

**Masterarbeit**

zur

Erlangung des akademischen Grades

**Master of Arts**

des Departments für Wirtschaft und Politik der

Universität Hamburg

Wintersemester 2007/ 2008

***Die Hälfte der Macht den Frauen –  
Realität oder nur ein unerfüllter Anspruch der  
Grünen Jugend?***

**vorgelegt von:**

Sandra Hildebrandt

Diplom Sozialpädagogin/ Sozialarbeiterin

Studierende des Masters „Gender und Arbeit“

Matrikel-Nummer 580 4539

Kreutzigerstraße 6

10247 Berlin

Telefon: 0176/ 20 18 36 86

E-Mail: beekenende@gmx.de

**Erstprüferin: Dipl. Soziologin Ulla Ralfs**

**Zweitprüfer: Prof. Dr. Harry Friebel**

# INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. EINLEITUNG.....</b>	<b>4</b>
<b>2. JUGEND UND POLITIK.....</b>	<b>7</b>
2.1 Das Verhältnis von Jugendlichen zur Politik.....	7
2.2 Geschlechtsunterschiede in der Jugendphase und in der politischen Partizipation von Jugendlichen.....	13
2.3 Bildungspolitische Ansätze für eine gleichberechtigte Partizipation von Jugendlichen an politischen Prozessen.....	16
<b>3. FRAUEN IN DER POLITIK.....</b>	<b>19</b>
3.1 Zur aktuellen Situation von Frauen in der Politik.....	20
3.2 Notwendige Veränderungen der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in Hinblick auf eine gleichberechtigte Beteiligung der Geschlechter in der Politik.....	28
<b>4. ERKLÄRUNGSANSÄTZE ZU GESCHLECHTSUNTERSCHIEDEN IN DER     POLITISCHEN PARTIZIPATION.....</b>	<b>30</b>
4.1 Aktuelle Erklärungsansätze zu Geschlechtsunterschieden in der politischen Partizipation.....	30
4.2 Zwischenfazit.....	34
<b>5. DARSTELLUNG DES POLITISCHEN JUGENDVERBANDS     „GRÜNE JUGEND“ .....</b>	<b>36</b>
<b>6. FORSCHUNGSANLAGE.....</b>	<b>42</b>
6.1 Ausgangslage und Vorannahmen.....	42
6.2 Untersuchungsaufbau.....	44
6.3 Darstellung der Ergebnisse.....	47
6.3.1 Gleichberechtigung in der Grünen Jugend.....	47
6.3.2 Mitarbeitersformen in der Grünen Jugend.....	51
6.3.3 Bedeutung des Geschlechts für die politische Partizipation.....	53

6.3.4 Überprüfung der Vorannahmen.....	56
6.3.5 Abschließende Bemerkungen.....	59
<b>7. FAZIT UND AUSBLICK.....</b>	<b>60</b>
<b>8. LITERATURVERZEICHNIS.....</b>	<b>71</b>
<b>9. ANHANG I</b>	
Verankerung von Geschlechteraspekten in der Satzung der Grünen Jugend.....	81
<b>10. EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG.....</b>	<b>84</b>

## 1. Einleitung

„Die Hälfte der Macht den Frauen!“ – diesen Anspruch schrieb sich die Partei Bündnis 90/ Die Grünen im Jahr 2002 in ihr Grundsatzprogramm und machte ihn zu einem festen Bestandteil ihrer Wahlkampagne zum 15. Deutschen Bundestag. Dass gerade die Grüne Partei sich eine solche Forderung auferlegt, verwundert dabei nicht. Schließlich ist die Parteigeschichte von Bündnis 90/ Die Grünen maßgeblich geprägt von einem feministischem Anspruch und starken weiblichen Akteuren. Die Grüne Jugend, Jugendorganisation der Partei, hinterfragt nun, ob diese Forderung innerhalb ihres Verbandes verwirklicht worden ist, oder ob es sich dabei um einen unerfüllten Anspruch handelt. Initiiert durch die zwischenzeitlich einberufene Genderkommission der Grünen Jugend soll die vorliegende Arbeit diese Frage aufgreifen und die Machtverteilung auf ihre Geschlechtergerechtigkeit hin untersuchen.

Im Kern der Untersuchung steht ein intransitiver Machtbegriff, der sich vom klassischen abgrenzt. In Anlehnung an die Definition von Max Weber wird Macht als eine Verfügung einzelner über andere verstanden, bei der die Durchsetzung des eigenen Willens im Vordergrund steht, auch wenn dies den anderen widerstrebt (vgl. Abels 2004, S. 263 und Metz-Göckel 1994, S. 31). In feministischen Kreisen, so auch in dieser Arbeit, wird Macht zumeist als „Resultat eines politischen Prozesses, in dem der oder die Einzelne von einer Gruppe von Menschen ermächtigt wird, in ihrem Namen zu sprechen und zu handeln“ (Lukoschat 1998, S. 122) verstanden. In diesem Verständnis, angelehnt an Hannah Arendts Machtdefinition<sup>1</sup>, geht es darum, in Übereinstimmung mit anderen zugunsten des Gemeinwesens zu agieren. Gestaltungsmacht entsteht somit durch einen freiwilligen Zusammenschluss von Akteuren, wobei Kooperations- und Bündnisfähigkeit wesentliche Aspekte des politischen Gelingens darstellen. Macht bildet sich aber in jedem Fall nicht nur durch die Herstellung von Verbindungen, sondern auch durch die Abgrenzung von anderen (vgl. Metz-Göckel 1994, S. 30ff).

---

<sup>1</sup> Vgl. Arendt, Hannah, 2006: Macht und Gewalt; München: Piper, 17. Aufl..

Eine weitere zentrale Begrifflichkeit dieser Arbeit ist die politische Partizipation. Darunter werden jene Handlungsweisen verstanden, die BürgerInnen „allein oder mit anderen freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen auszuüben“ (Kaase 1992, S. 146). Politische Partizipation ist auch das Ziel der Grünen Jugend. Die ehrenamtlichen Mitglieder des Jugendverbandes agieren mit dem Anspruch, Verantwortung zu übernehmen und Standpunkte junger Menschen in politische Prozesse hineinzutragen.

Um die durchgeführte Untersuchung in den Kontext des aktuellen Forschungsstandes stellen zu können, werden zunächst die Themenfelder Jugend und Politik, Frauen in der Politik und Erklärungsansätze zu Geschlechtsunterschieden in der politischen Partizipation betrachtet. Dieser erste, theoretische Teil der Arbeit wird die Kapitel zwei bis vier umfassen.

Kapitel zwei widmet sich der Situation heutiger Jugendlicher, denn auch die Akteure der Grünen Jugend befinden sich überwiegend in dieser Lebensphase. Das Höchstalter beträgt 27, die meisten Mitglieder sind noch in der (Schul-) Ausbildung. Von Interessen für diese Arbeit ist daher, mit welchen Lebensbedingungen sich Menschen in diesem Alter auseinandersetzen welche Werte und Ziele sie verfolgen, und inwieweit Politik für ihren Alltag von Bedeutung ist. Jede Generation von Jugendlichen steht aufgrund des gesellschaftlichen Wandels immer wieder neuen Herausforderungen gegenüber, für deren Bewältigung sie nicht ausschließlich auf die Erfahrungen ihrer Eltern zurückgreifen kann. Vielmehr muss sie eigenständig und kreativ neue Handlungsmöglichkeiten entwickeln. Doch inwieweit bleibt in dieser Lage ein Interesse bestehen, sich um das Allgemeinwohl aller Gesellschaftsmitglieder zu kümmern? Betrachtet werden soll daher, welche Einflussfaktoren dazu führen, dass Jugendliche sich für Politik interessieren und engagieren. Dabei werden die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Partizipationsverhalten dargestellt, sowie erste Grundlagen für die Angebote der politischen Bildung überlegt.

Im dritten Kapitel werden frauenspezifische Barrieren bei der Partizipation an Politik aufgezeigt. Die eingangs erwähnte Forderung „Die Hälfte der Macht den Frauen“ belegt, dass innerhalb unserer Gesellschaft die Macht nicht gleichberechtigt verteilt

ist. Gerade in der Politik zeigt sich seit jeher eine deutliche Dominanz von männlichen Akteuren in den Institutionen und somit in den maßgeblichen Gestaltungsprozessen. Das Kapitel geht auf die quantitative Repräsentanz von Frauen in der Politik ein, zeigt strukturelle Barrieren auf und stellt in Kurzform die angewandten Frauenförderungsmaßnahmen der Parteien vor. Des Weiteren wird hinterfragt, inwieweit ein frauenspezifisches Politikverständnis existiert. Abschließend werden Veränderungen der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen angedacht, wobei den stereotypen Verhaltenserwartungen und Vorurteilen eine besondere Bedeutung zugewiesen wird.

In Kapitel vier werden die aktuellen Erklärungsansätze zu den Geschlechtsunterschieden in der politischen Partizipation vorgestellt. Nach der Erläuterung sollen die einzelnen Theorien miteinander in Bezug gesetzt werden. Auf diese Weise soll annäherungsweise die komplexe Ausgangslage über sozialisationstheoretische Aspekte, sozioökonomische Faktoren und politische Kultur erklärt werden.

Der zweite, explorative Teil der Arbeit umfasst die Kapitel fünf und sechs und widmet sich dem durchgeführten Forschungsprojekt. Zunächst wird in Kapitel fünf das Forschungsobjekt, die Grüne Jugend, vorgestellt. Betrachtet werden dabei die Zusammensetzung des Verbandes, sowie seine Ziele. Hervorgehoben wird insbesondere die formale Verankerung von Geschlechteraspekten, die sich aus der Verbindung zur Partei Bündnis 90/ Die Grünen entwickelt hat.

Kapitel sechs widmet sich dann ausführlich der qualitativen Untersuchung zur geschlechtsspezifischen Partizipation innerhalb der Grünen Jugend. Durchgeführt wurden zehn ExpertInneninterviews mit ausgewählten aktiven und ehemaligen Mitgliedern der Grünen Jugend. Mit den Interviews sollen Informationen über das Handlungsfeld gewonnen werden, damit die formellen, aber auch die informellen Strukturen im Verband und im Handeln der beteiligten Akteure analysiert werden können.

Die geschlechtsspezifische Partizipation von Jugendlichen in einem parteinahen Jugendverband wurde bisher nicht untersucht. Aufgrund der Tatsache, dass es sich um die Erforschung eines wenig erschlossenen Bereichs handelt, wurde eine

qualitative Methode zur Lösung der Forschungsfrage gewählt. Über eine qualitative Methode ist der Zugang zum Untersuchungsgegenstand offener, als über eine quantitative Methode, bei der die Antwortmöglichkeiten beschränkt sind. Die Forschungsform des ExpertInneninterviews ermöglicht es Außenstehenden, einen Einblick in eine unbekannt Organisation zu erhalten, die nur einer involvierten Person bekannt sind.

Im Mittelpunkt der durchgeführten ExpertInneninterviews stehen drei Themenschwerpunkte: Gleichberechtigung innerhalb der Grünen Jugend, geschlechtsspezifische Beteiligung an der aktiven Mitarbeit und die Frage, ob die auftretenden Unterschiede in der Partizipation aus der Perspektive der Akteure an das Geschlecht gekoppelt sind oder ob dafür andere Aspekte verantwortlich gemacht werden können. Nach der Vorstellung der Ergebnisse dieser Untersuchung, wird abschließend in Kapitel sieben ein Fazit zur gesamten Arbeit gezogen.

In dieser Arbeit wird als Frau oder Mann untersucht wer als solches gilt, ohne dabei diese Setzung zu problematisieren. Dabei wird die Doppelbedeutung von Geschlecht, zum einen als Struktur und zum anderen gleichzeitig als Prozess, nicht aus der Betrachtung ausgeschlossen.

## **2. Jugend und Politik**

In diesem Kapitel sollen zunächst die Besonderheiten der Statuspassage Jugend herausgestellt werden, sowie das damit einhergehende Verhältnis der Heranwachsenden zur Politik. Die Herausstellung der geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Jugendphase und in der politischen Partizipation soll Aufschluss darüber geben, wie geschlechtergerechte und unterstützende politische Bildung aussehen kann.

### **2.1 Das Verhältnis von Jugendlichen zur Politik**

Die Statuspassage Jugend ist keine einheitliche Lebenslage (vgl. Deutsche Shell 2002, S. 17). In dieser Lebensphase ist der Mensch mit besonderen

Entwicklungsaufgaben konfrontiert, deren Bewältigung sehr aufreibend ist und nach individuellen als auch nach gesellschaftlichen Gegebenheiten variiert. Unterschiede innerhalb dieser Gruppe lassen sich vor allem durch die Faktoren Geschlecht, Herkunft, sozialer Status und Bildungsgrad aufzeigen (vgl. Vetter 2006, S. 25).

Zwischen Kindheit und Erwachsensein nimmt Schul- und Berufsausbildung einen wesentlichen Platz im Leben der Jugendlichen ein. Daneben werden erste Partnerschaften von Bedeutung, sowie die Loslösung vom Elternhaus. Politik als Lebensbereich erfährt dabei eine eher randständige Bedeutung, im Vergleich zu den Erwachsenen lässt sich aber ein ähnliches Ergebnis finden. Ihr Interesse an Politik ist zwar ausgeprägter als das der Jugendlichen, stellt man es aber in Relation zum Familienbereich, ist es auch als eher gering zu bezeichnen (vgl. Gille 2000, S. 177). Von einer jugendspezifischen Politikverdrossenheit kann daher nicht gesprochen werden, obwohl idealerweise ein größeres Interesse und eine stärkere Beteiligung für die Gesellschaft durchaus wünschenswert wären (vgl. Niedermeyer 2006, S. 269). Gesamtgesellschaftlich zeigt sich, dass das Interesse an Politik nach dem Jahr der deutschen Wiedervereinigung deutlich nachgelassen und sich wieder auf dem Niveau der frühen 1980er Jahre eingependelt hat (vgl. Böhm-Kasper 2006, S. 53).

Durch einen gesellschaftlichen Wandel hin zur Wissensgesellschaft, in der intellektuelles und praktisches Wissen eine stärkere Bedeutung erhält, haben sich die Bildungswege ausdifferenziert und zeitlich verlängert. Diese Besonderheit der derzeitigen Jugendphase geht einher mit einer Pluralisierung von Lebensformen und Lebensstilen (vgl. Achatz/ Gaiser/ Gille 2000, S. 426). Die Sozialisationsbedingungen junger Heranwachsender haben sich im historischen Vergleich grundlegend verändert. Bei der Bewältigung von Lebens- und Zukunftsrisiken werden sie innerhalb einer liberalen Demokratie mit vielerlei Herausforderungen konfrontiert, die zu Unsicherheiten und massiven Handlungsanforderungen führen. Dadurch kommt eine Neuorientierung in den Wertevorstellungen zustande. Der postmaterialistische Wertewandel scheint unterbrochen, da die Jugendlichen nicht mehr die dafür nötige Sicherheiten empfinden, wodurch sie auch den Status als Vorreiter für gesellschaftlichen Wandel verlieren (vgl. Kaina/ Deutsch 2006, S. 176f).

Trotz dieser Anforderungen sind Jugendliche die aktivste Gruppe in der Bevölkerung beim bürgerschaftlichen Engagement<sup>2</sup>. Klassische Felder jugendlichen Engagements sind Sport, Kultur und Freizeit. In diesen Bereichen hat sich das Engagement der Jugendlichen zwischen 1999 und 2004 von 34 Prozent auf 36 Prozent erhöht. Der Anteil noch inaktiver, aber interessierter Jugendlicher liegt bei 43 Prozent. Keine positive Tendenz gibt es jedoch im Bereich Politik. Dort engagierten sich 2004 drei Prozent der Mädchen und sieben Prozent Jungen. Damit lag schon im Jugendalter die männliche Politikpartizipation mehr als doppelt so hoch (vgl. BMFSFJ 2005a, S. 15ff).

Es besteht bei den Jugendlichen also durchaus ein Interesse daran, an der Gesellschaft zu partizipieren und sich für das Allgemeinwohl einzusetzen. Den Parteien, aber auch den Gewerkschaften und Verbänden, scheint es bisher nicht gelungen zu sein, mit ihren Partizipationsangeboten die Jugendlichen hinreichend anzusprechen. Es zeigt sich, dass die Heranwachsenden „ein auf konkrete Problemlagen bezogenes und eher „projektförmiges“ Engagement einer dauerhaften Einbindung in feste Organisationsstrukturen vorziehen“ (Deutsche Shell 2006, S. 45).

Politisches Interesse wird von den Jugendlichen als Bestandteil ihres alltäglichen Lebens wahrgenommen. Es zeigt sich in Auseinandersetzungen mit Schule, Freunden und Nachbarn und der Bewältigung von Alltagsanforderungen. Politik wird so als etwas Selbstverständliches und daher fast Nebensächliches erlebt, das außerhalb politischer Institutionen stattfindet (vgl. Deutsche Shell 2002, S. 14).

Um das politische Interesse und Engagement von Jugendlichen zu erkennen, muss ein breiteres Politikverständnis angewendet werden, welches sich nicht nur an den traditionellen institutionellen Instanzen orientieren darf (vgl. ebd.). Wetterau plädiert dafür, dieses Verständnis von Politik aufzugreifen, die Orientierungen und Wirklichkeitskonstruktionen der Jugendlichen stärker als bisher ins Zentrum der

---

<sup>2</sup> „Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet, gemeinwohlorientiert, öffentlich bzw. findet im öffentlichen Raum statt und wird in der Regel gemeinschaftlich bzw. kooperativ ausgeübt.“ Es „erzeugt soziales Kapital, demokratische Kompetenz, informelle Lernprozesse“ (BMFSFJ 2005, S. 40). Freiwillig Engagierte sind Personen die keine bloßen Mitglieder sind, sondern auch Aufgaben, Ämter und Arbeiten übernehmen (vgl. ebd., S.17).

Aufmerksamkeit zu rücken und die darin verborgenen Potentiale zu nutzen. Nur so können bildungspolitische Angebote zu einem für beide Seiten gelungenen Zusammenspiel führen (vgl. Wetterau 2000, S. 31).

Das allgemeine Interesse an Politik ist bei den Jugendlichen rückläufig. Dies belegt die Shell Jugendstudie, die seit über 50 Jahren die Situation von Jugendlichen erforscht. Derzeit ist noch keine eindeutige Trendwende zu identifizieren. Lag das Interesse 1984 noch bei 55 Prozent und 1991 bei 57 Prozent, sind im Jahr 2006 nur noch 39 Prozent der Jugendlichen an Politik interessiert. Mit 34 Prozent im Jahr 2002 lag dieser Wert allerdings zwischenzeitlich noch niedriger, das Interesse ist also wieder leicht angestiegen (vgl. Deutsche Shell 2006, S. 18f).

Deutlich unterschieden werden müssen hier jedoch Verhalten und Orientierung. Dass Jugendliche nicht Mitglied einer Partei sind, heißt nicht, dass sie sich nicht an ihnen orientieren und sich kritisch mit ihnen auseinandersetzen. Der Anteil der Jugendlichen, die wirklich parteiverdrossen sind, ist gering und über die Jahre relativ konstant. Im Vergleich zu Erwachsenen fällt die generelle Orientierung an den politischen Parteien deutlich positiver aus (vgl. Niedermeyer 2006, S. 287f). Die entstandene Diskrepanz zwischen der Jugend und den Parteien wirkt sich für beide Seiten negativ aus. „Da die Parteien immer noch im Zentrum des politischen Prozesses stehen, wäre die Jugend gut beraten, ihre durchaus vorhandene Partizipationsbereitschaft wieder stärker an die Parteien auszurichten, und die Parteien selbst sollten, um ihre gesellschaftliche Anbindung nicht zu verlieren, alles tun, um die Jugend wieder verstärkt an sich zu binden“ (ebd., S. 288).

Auffallend ist in diesem Zusammenhang der Effekt des Bildungsniveaus. Ein signifikant höherer Anteil der Gymnasiasten und zwei Drittel der Studierenden äußern Interesse an Politik (vgl. Deutsche Shell 2006, S. 18f). „Kaum ein soziales Merkmal prägt sowohl die Lebenssituation wie auch die Herausbildung von politischen Haltungen und Beteiligungschancen so eindeutig und systematisch wie das Bildungsniveau der Befragten“ (Achatz/ Gaiser/ Gille 2000, S. 426f). Politische Beteiligung und die Aktivierungsbereitschaft von Jugendlichen wird aber nicht nur vom eigenen, sondern auch vom Bildungsniveau und politischem Interesse der Eltern

geprägt (vgl. Böhm-Kasper 2006, S. 58f und Deutsche Shell 2006, S. 106). Bildung und politisches Interesse werden in Deutschland zu einem großen Teil sozial vererbt. Die soziale Lage ist aber nicht nur vom Bildungsniveau abhängig, sondern auch von Merkmalen wie Geschlechtszugehörigkeit, Erwerbssituation und unterschiedlichen Lebenslagen in den Bundesländern (vgl. Achatz/ Gaiser/ Gille 2000, S. 426f). Insbesondere prekäre Lebensverhältnisse, wie z.B. Arbeitslosigkeit, wirken sich auf die Unzufriedenheit mit der realen Demokratiepraxis aus (vgl. Deutsche Shell 2006, S. 18f).

Des Weiteren ist das Diskutieren von politischen Themen im Freundeskreis von großer Bedeutung. Im Jugendalter ist die Gleichaltrigengruppe eine der wichtigsten Instanzen im Sozialisationsprozess (vgl. Böhm-Kasper 2006, S. 73). Bei Studierenden zeigt sich ein besonders empfängliches Umfeld. Sie setzen sich in gesellschaftlichen Belangen deutlich mehr ein als Jugendliche, die früh berufstätig oder auch arbeitslos geworden sind (vgl. Deutsche Shell 2002, S. 28).

Auch Konsum- und Freizeitwelten sind Bereiche der politischen Sozialisation. Hier können politische Denkmuster angeregt, Wertehaltungen herausgearbeitet und zum politischen Handeln motiviert werden (vgl. Nissen 1997, S. 121f). Jugendbezogene Angebote sollten die normabweichenden Politikformen der Jugendlichen nutzen und auch die ästhetische Kritik am politischen System wahrnehmen. Jugendkultur geht immer mit bestimmten Stilrichtungen und Praxen einher, die sich in politischen Instanzen kaum wieder finden (vgl. Pfaff 2006, S. 9).

Ein negatives Image von Politikern und Politikerinnen sowie Parteien entsteht bei den Jugendlichen u.a. auch dadurch, dass sie das Gefühl haben, von den PolitikerInnen nicht ernst genommen zu werden. Sie erwarten von den politischen Akteuren nicht nur eine Auseinandersetzung mit jugendbezogenen Themen, sondern auch ein aktives aufeinander zugehen und Akzeptanz in gemeinsamen Gesprächen (vgl. Deutsche Shell 2006, S. 46f).

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung beteiligen sich Jugendliche an Wahlen seit längerem unterdurchschnittlich. „So lag die Beteiligung der 18- bis 24-jährigen Wahlberechtigten in Deutschland zuletzt im Schnitt um fast ein Viertel unter dem Gesamtdurchschnitt“ (Deutsche Shell 2002, S. 23). Die Heranwachsenden

positionieren sich im Durchschnitt schon fast traditionell links der Mitte. Sie vertreten im Vergleich zu den Erwachsenen eine weniger konventionelle Werthaltung und sind seltener fremdenfeindlich eingestellt. Außerdem ist ihre Geschlechterrollenauffassung häufiger egalitär, wobei sich hier bei den ostdeutschen Jugendlichen traditionsbedingt eine höhere Tendenz zur Egalität zeigt (vgl. Achatz/ Gaiser/ Gille 2000, S. 425 und Deutsche Shell 2006, S. 18f). Beide Werte, Linksorientierung und Geschlechteregalität, finden sich bei Bündnis 90/Die Grünen wieder und könnten erklären, warum Jugendliche die Grüne Partei lange favorisiert haben. Hier zeigt sich bei den Heranwachsenden jedoch ein Einstellungswandel. „Die Mehrheit der Jugendlichen steht heute zusammen genommen den beiden großen Volksparteien (SPD bzw. CDU/ CSU) nahe – inzwischen mit 25% SPD bzw. 26% CDU/CSU“ (Deutsche Shell 2002, S. 22).

„Die Mentalität der Jugend hat sich insgesamt von einer eher gesellschaftskritischen Gruppe in Richtung der gesellschaftlichen Mitte verschoben“ (Deutsche Shell 2002, S. 19). Traditionelle Werte wie Partnerschaft und Familie, Ehrgeiz und Fleiß sowie Ordnung und Sicherheit haben für die Heranwachsenden wieder an Bedeutung gewonnen. Standen sie der Leistungs- und Sicherheitsorientierung ihrer Eltern in den 1980er Jahren noch kritisch gegenüber, gleichen sie sich in den 2000er Jahren dieser Haltung aufgrund der prekären Situation auf dem Arbeitsmarkt und der damit einhergehenden negativen Perspektive für sich und die gesamte Gesellschaft an. Jugendspezifisch bleibt ein hoher Wert an Selbstentfaltung und Kreativität, was in der aktuellen Generation die Verbindung zu Selbstkontrolle und Leistung nicht ausschließt (vgl. Deutsche Shell 2006, S. 445).

Eine Jugend als politische Avantgarde ist derzeit nicht zu erkennen. In den zentralen politischen Einstellungsbereichen finden sich derzeit im Verhältnis zu den Erwachsenen viele Überschneidungspunkte. Nach den Jahren der eher auflehrenden Haltung zeigt sich also eine Rückkehr der Jugend in den politischen Mainstream, wobei diese Annäherung auch durch den sich veränderten Mainstream zustande kommt. Forderungen aus der 1968er Protestbewegung wurden durch die Gründung der Partei der Grünen institutionalisiert und haben heute auch die traditionellen Parteien erreicht. Es haben sich also nicht nur die Jugendlichen

verändert, sondern auch der politische Mainstream hat sich verlagert (vgl. Abold/ Juhász 2006, S. 78ff).

## **2.2 Geschlechtsunterschiede in der Jugendphase und in der politischen Partizipation von Jugendlichen**

Aktuelle Jugendstudien betonen insbesondere den Wandel der weiblichen Jugendlichen in ihrer Abkehr von traditionellen Geschlechterrollen hin zu einer leistungsstarken Orientierung. Mädchen seien erfolgreicher in der Schule und aufgeschlossener für neue Rollenbilder und Lebensweisen als die männlichen Jugendlichen. Gestoppt wird diese starke Frauengeneration jedoch in der Berufswelt, wo sie nach wie vor nicht entsprechend ihrer hohen Qualifikation platziert ist (vgl. Deutsche Shell 2006, S. 36ff).

Weibliche Jugendliche sind im Durchschnitt ehrgeiziger und selbstbewusster geworden. Sie nähern sich teilweise männlichen Stereotypen an und verändern historisch betrachtet ihre Einstellung zu Macht und Einfluss, sowie Beruf und Karriere. Dennoch erhalten sie empirisch nachweisbar klassisch weibliche Stärken, wie Emotionalität, Toleranz, Umweltbewusstsein und Hilfsbereitschaft bei (vgl. Deutsche Shell 2002, S. 19f).

Junge Frauen treiben Veränderungen der Frauenrolle aktiv voran, was sich vor allem an der Selbstverständlichkeit ihrer unabhängigen Lebensplanung zeigt. Persönliche Autonomie, materielle Unabhängigkeit durch Erwerbstätigkeit, aber auch Partnerschaft und Familiengründung haben für sie eine große Bedeutung. „Aufgrund der Gebärfähigkeit und der Verknüpfung von biologischer und sozialer Mutterschaft bleibt ihre Beteiligung am Erwerbsleben eingeschränkt“ (Geissler/ Oechsle 2007, S. 88f). Die strukturelle Angleichung an die Lebensplanung der jungen Männer hat in diesem Punkt ihre Grenze.

Diese Situation wird häufig als „doppelte Lebensführung“ bezeichnet. Mit diesem Begriff sollen die Widersprüchlichkeiten und Barrieren im Leben junger Frauen aufgezeigt werden. Das neue Leitbild erfährt große Akzeptanz unter den Frauen und

wird auch von ihnen gewünscht. Jedoch gibt es wenige biografische Modelle, an denen sich die jungen Frauen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf orientieren können. Weibliche Lebensplanung passt sich demnach nicht mehr den gegebenen Bedingungen an, sondern gestaltet, reproduziert und verändert soziale Realitäten (vgl. Geissler/ Oechsle 2007, S. 89ff und Keddi 2004, S. 381f).

Der starke Wille der jungen Frauen führt dazu, dass ihre Lebenspartner, aber auch ihre ArbeitgeberInnen umdenken müssen. Im Verhältnis zu den vorherigen Frauengenerationen sind sie weniger kompromissbereit und stellen Anforderungen an ihre Umwelt, um ihre Ziele verwirklichen zu können.

Mädchen und junge Frauen fühlen sich heute vielfach emanzipiert und den Männern gegenüber gleichgestellt. Gleichzeitig erleben sie Ungleichheitserfahrungen, die jedoch häufig auf die eigene Person bezogen gesehen werden und nicht als gesamtgesellschaftliches Phänomen. Sie setzen sich daher wenig für Gleichstellungsangelegenheiten ein, da dies mit ihrem emanzipierten Selbstverständnis kollidiert. Gleichzeitig werden sie in der jugendlichen Lebensphase auch seltener mit Ungleichbehandlung konfrontiert. Dieses Verhalten der jungen Frauengeneration wird häufig kritisiert, durch die Individualisierung der Situation öffnen sich aber auch subjektive Spielräume (vgl. Keddi 2004, S. 378ff).

Weitaus weniger Beachtung erhält die Lebensrealität von männlichen Jugendlichen. Im Vergleich zu Mädchen werden sie aktuell als Verlierer dargestellt und als Gruppe ausschließlich in Situationen wahrgenommen, in denen sie sich auffällig und schwierig verhalten (vgl. Winter 2004b, S. 354). Beide Betrachtungsweisen führen zur Stereotypisierung, wodurch ein positiver Bezug zu „Junge sein“ und „Männlichkeit“ ausgeschlossen und lediglich als Defizitkategorie wahrgenommen wird (vgl. Meuser 2000, S. 117).

Aktuelle Forschungen zur Geschlechtstypik gehen davon aus, dass lang beschworene Unterschiede im Sozialverhalten und in Fähigkeiten kaum feststellbar sind. Die Variationen innerhalb eines Geschlechts sind größer als die zwischen den Geschlechtern. „Die Zuschreibung von geschlechtsspezifischen Eigenschaften und der ständige Vergleich zwischen Mädchen und Jungen lassen stets eine der beiden Geschlechtsgruppen als defizitär erscheinen“ (Kelle 2004, S. 360). Die Erforschung

von geschlechtsspezifischen Unterschieden bleibt jedoch so lange relevant, wie Geschlecht eine zentrale Kategorie für die Verteilung von Ressourcen, für Zugangschancen und Macht bleibt (vgl. Nestvogel 2004, S. 161).

Im Bereich des politischen Engagements zeigt die Shell Jugendstudie Geschlechtsunterschiede zum Nachteil von jungen Frauen auf. Ergebnis der Erhebungen ist, dass Jungen deutlich mehr Interesse an institutionalisierter Politik, sowie an Macht und Einfluss bekunden. Junge Frauen würden sich demnach lieber jenseits der etablierten Politik im sozialen Bereich engagieren. In sozialen Fragen fühlen sie sich kompetenter, als im Verstehen und Beurteilen von politischen Entscheidungen (Deutsche Shell 2006, S. 38). Im Vergleich zu vorausgegangenen Erhebungen hat das Interesse an Politik aber deutlich zugenommen, was auf die vermehrte Präsenz von Politikerinnen in Spitzenpositionen zurückgeführt wird (vgl. ebd., S 448).

Der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts (DJI) verweist auf vereinzelte geschlechtsspezifische Differenzen und beruft sich dabei ebenfalls auf die größere Bereitschaft von Jungen, Parteiarbeit und die Übernahme eines Amtes in Erwägung zu ziehen (vgl. Achatz/ Gaiser/ Gille 2000, S. 432). Kroh unterstreicht, dass sich zwar aufgrund gesellschaftlicher Modernisierungsprozesse traditionelle Rollenvorstellungen auflösen und sich dadurch die geschlechtsspezifischen Lebenslagen von jungen Frauen und Männern angleichen, gleichzeitig aber nicht der so genannte „gender gap“ im politischen Interesse reduziert wird (vgl. Kroh 2006, S. 205).

In Bezug auf die Abkehr der Jugendlichen von einem verengten traditionellen Politikverständnis weist Wetterau jedoch darauf hin, dass dieser, bisher kaum beachtet, geschlechtsübergreifend stattfindet. Dieser Sachverhalt wurde bisher als typisch weiblich eingestuft und als defizitär beurteilt. Demnach verweigern sich Jungen als eine Reaktion auf den Modernitätsvorsprung der Mädchen immer mehr der Partizipation an klassischen Formen der Politik (vgl. Wetterau 2000, S. 31).

## **2.3 Bildungspolitische Ansätze für eine gleichberechtigte Partizipation von Jugendlichen an politischen Prozessen**

Wichtigste Voraussetzung für die politische Bildung ist das Wissen über asymmetrische Geschlechterverhältnisse und die Erkenntnis, dass diese als ein grundlegendes Demokratiedefizit zu verstehen sind (vgl. Hoecker 2000, S. 170). In Bereichen, in denen keine oder nur wenige Frauen partizipieren, werden diese auch selten thematisiert und Männer als geschlechtslos wahrgenommen. Diese Geschlechtsblindheit führt dazu, dass die Institutionen geschlechtsneutral wirken und das Geschlecht der Individuen lediglich eine Rolle ist, die außerhalb erworben wird. Dadurch reproduzieren sich klassische Stereotypen. Geschlecht sollte jedoch nicht als etwas Vorpolitisches betrachtet werden, das nicht veränderbar ist, sondern als etwas, an dessen Reproduktion auch der politische Apparat beteiligt ist (vgl. Sauer 2000, S. 126f).

Grundsätzlich sind Jugendliche beiderlei Geschlechts besser für politische Projekte zu gewinnen, wenn sie Sachverhalte behandeln, die einen direkten Bezug zu ihrer subjektiven Lebenswelt aufweisen. Durch diese Themenwahl verringert sich die Diskrepanz zwischen objektiver und subjektiver Betroffenheit und die Motivation zur Mitarbeit steigt (vgl. Hoppe 2000, S. 259). Dabei sind die unterschiedlichen Lebensrealitäten von Jugendlichen zu beachten, die abhängig von sozioökonomischen Faktoren gestaltet sind.

Die Unterrepräsentanz von Mädchen in der Politik steht im direkten Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Ungleichheit von Frauen, die auf geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung und stereotypen Rollenvorstellungen beruht. Die Unzufriedenheit von jungen Frauen bezieht sich häufig auf eine nicht hinreichende Vorbereitung auf die politischen Tätigkeiten, wobei die selbstkritische Haltung der Mädchen berücksichtigt werden muss. Um die Professionalisierung von jungen Frauen in der Politik voranzutreiben, braucht es Weiterbildungsangebote, welche die frauenspezifischen Barrieren aufgreifen (vgl. Sauer 2000, S. 165ff). Auftretende Schwierigkeiten finden sich in den Verhaltensbereichen „offenes Konkurrenzverhalten, öffentlichkeitswirksame Selbstdarstellung, zielgerichteter persönlicher Ehrgeiz, frontale Konfliktbewältigung“ (Bergmann 1998, S. 62). Insbesondere rhetorische

Fähigkeiten sind für die Mitgestaltung von politischen Prozessen relevant (vgl. ebd., S. 35).

Junge Männer lehnen den Umgang mit den Themen Gleichberechtigung und Geschlecht häufig ab. Meuser erklärt diese Ablehnung durch die Form des Erwerbs von Männlichkeit: „Männlichkeit konstituiert sich in unserer Kultur, für die die Abwesenheit des Vaters und anderer männlicher Identifikationsfiguren während der primären Sozialisation (und darüber hinaus) immer noch typisch ist, weniger durch Identifikation als durch Negation“ (Meuser 2000, S. 104). Männlichkeit entsteht demnach in Abgrenzung oder sogar in Abwertung von Weiblichkeit. Dementsprechend ist die Auseinandersetzung mit dem Geschlechterthema für junge Männer kein Thema, da es durch die Gesellschaft weiblich besetzt ist (vgl. ebd., S. 103f).

An dieser Stelle erscheint es sinnvoll, zunächst einen Blick auf die soziologische Konzeptionalisierung von Männlichkeit zu werfen. Dabei soll insbesondere das Erklärungsmuster von Meuser betrachtet werden, der in seinen Ausführungen die Theorien von Connell, Gramsci und Bourdieu zusammenfügt.

Robert Connell (heute Raewyn Connell) ergründet mit dem Konzept der hegemonialen Männlichkeit historisch gewachsene Männlichkeiten. Männer sind genauso wenig wie Frauen als eine homogene Gruppe zu verstehen. Machtbeziehungen und Abhängigkeitsverhältnisse bestehen sowohl zwischen den Geschlechtern als auch unter Männern. Zentrale Dimension ist dabei die Hierarchie: Männern dominieren gesellschaftlich über Frauen, gleichzeitig bestehen aber auch unter den Männern hierarchisierte Beziehung. Der hegemonialen Männlichkeit kommt dabei eine besondere Rolle zu, da sie in der der Hierarchie über allen anderen Männlichkeitsformen steht (vgl. Wedgwood/ Connell 2004, S. 112 und Meuser 2000, S. 105). Sie ist die Form der Männlichkeit, die in einer Kultur als vorherrschend akzeptiert wird. In der deutschen Gesellschaft formiert sich die hegemoniale Männlichkeit aus Faktoren wie heterosexuelle Orientierung, weiße Hautfarbe und ökonomische Unabhängigkeit.

Der Begriff der Hegemonie wird dabei von Antonio Gramsci übernommen. Gramsci verweist auf die kulturelle Dimension von Herrschaft. Sie ermöglicht es, dass Hierarchien ohne Androhung und Anwendung von Gewalt durch stillschweigendes Einverständnis der Untergeordneten gesichert werden. Dies funktioniert über bestehende Ideologien und kulturelle Deutungsmuster, die in einer Gesellschaft vorherrschend sind.

Pierre Bourdieu bezeichnet mit dem Begriff der symbolischen Gewalt die habituelle und inkorporierte Basis dieses Verlaufs. Zustimmung zu der gegebenen Ordnung beruht demnach auf unmittelbare und vorreflexive Unterwerfung der sozialisierten Körper (vgl. Meuser 2000, S. 106). Macht und die darin eingebundenen Geschlechterverhältnisse sind im Habitus der Individuen eingeschrieben. Das führt dazu, dass die Untergeordneten vom Standpunkt der Herrschenden aus interpretieren, die Lage dadurch als gegeben und natürlich anerkennen, sie gleichzeitig reproduzieren (vgl. Wedgwood/ Connell 2004, S. 114).

Zur Absicherung von männlicher Hegemonie wird das Männliche mit dem Menschlichen gleichgesetzt. Diese Objektivierung führt dazu, dass Männlichkeit als Norm angesehen wird, an deren Ordnungen und Werten das Handeln beider Geschlechter gemessen wird. Abweichung von der Norm „Männlichkeit“ bedeutet Schwäche, aus der Konformität erwachsen hingegen Stärke und Macht. „Durch die Berufung auf universale Prinzipien und auf objektive Gültigkeit wird Macht behauptet, ohne dass diese sichtbar wird“ (Meuser 2000, S. 106).

Die Aneignung von Männlichkeiten findet maßgeblich innerhalb von homosozialen Kontexten statt. Die wechselseitige Orientierung der Männer in einem ihnen vorbehaltenen Raum konstruiert, verändert und verstärkt Männlichkeiten (vgl. Meuser 2004, S. 372). Die derzeit medial hochbeschworene „Krise der Männlichkeit“ hält Budde jedoch für nicht gerechtfertigt. Männer bleiben handlungsfähig, das Selbstverständnis der männlichen Hegemonie wird aber immer mehr in Frage gestellt (vgl. 2005, S.74f).

Das Konzept der hegemonialen Männlichkeit verdeutlicht die Konstruktion von Männlichkeiten und die Hierarchisierung in unserer Gesellschaft. Wird die gegenwärtige Generation von jungen Männern betrachtet, dann sollte die durch

gravierende soziale Veränderungen beeinflusste Sozialisation von Jungen nicht außer Acht gelassen werden. Jungen wachsen mit dem Selbstverständnis auf, dass ihre Mütter berufstätig sind und ihre Schwestern die gleiche formale Bildung erhalten. Das heißt nicht, dass sie nicht mehr mit geschlechtsspezifischen Ungleichheiten konfrontiert werden. Allerdings sind kulturelle Eindeutigkeiten brüchig geworden. Soziale Zuschreibungen, die Männlichkeiten nur mit Dominanz und neuerdings mit abweichendem Verhalten in Verbindung bringen, verhindern die Bildung neuer Männlichkeits-Typen, sowie das Ausleben von Potenzialen, Optionen und Verhaltensbandbreiten der jungen Männer (vgl. Winter 2004a, S. 234f und Meuser 2004, S. 370). Von Seiten der Frauen ist es wichtig, Ängste und Unsicherheiten von Jungen und Männern ernst zu nehmen und diese nicht zu diffamieren.

Politische Bildung, die für Jungen und junge Männer konzipiert wird, erfordert einen sensiblen Umgang mit der Geschlechterthematik. Dabei müssen Schuld- und Defizitdiskurse vermieden werden, die eine negative Haltung zum Thema nur noch verstärken würden. Stattdessen müssen positive Anreize geschaffen werden, damit nicht der Eindruck entsteht, dass der angestrebte Prozess ausschließlich mit dem Verlust von Privilegien verbunden ist (vgl. Meuser 2000, S.20ff). Die Etablierung einer Männerpolitik, die durch einen stark partizipativen Ansatz gemeinsam mit Jungen gesellschaftliche Strukturen, ihren Anteil an dem Thema Gleichberechtigung und ihre Vorteile erarbeitet, scheint unabdingbar.

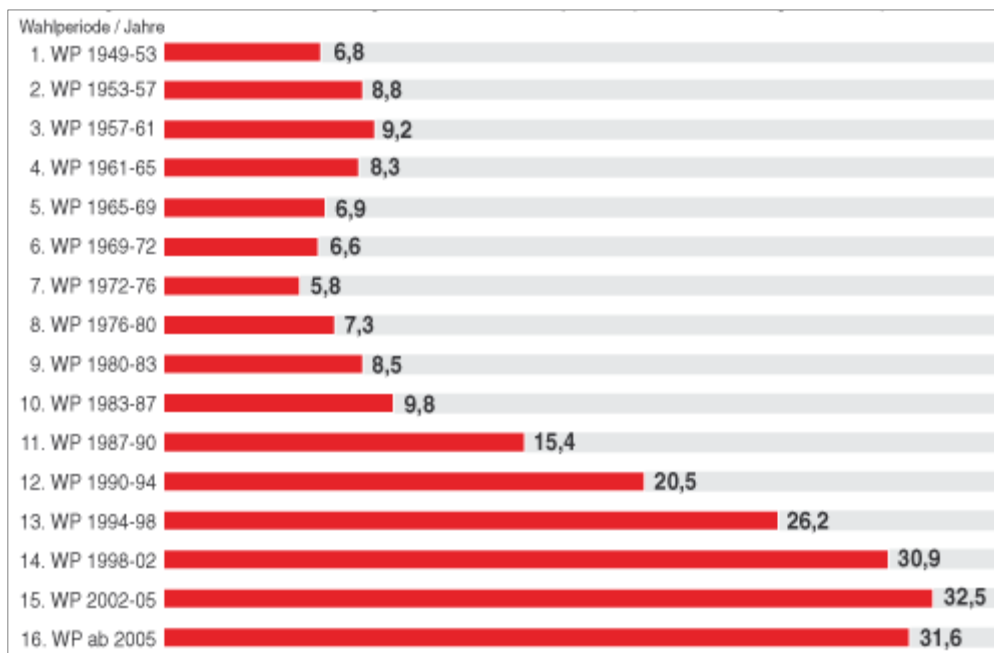
### **3. Frauen in der Politik**

Nachdem im vorausgegangenen Kapitel die Lebenslagen und Einstellungen von Jugendlichen zur Politik aufgezeigt wurden, sollen im folgenden Abschnitt die Charakteristiken im Verhältnis von Frauen zur Politik dargestellt werden. Anhand von Statistiken wird die aktuelle quantitative Repräsentanz von Frauen in der Politik abgebildet. Die Ergebnisse ausgesuchter qualitativer Studien geben Auskunft über die frauenspezifischen Barrieren in der Politik. Des Weiteren werden auch die umstrittene Quotenregelung und die innerparteiliche Frauenförderung angesprochen, also Maßnahmen, die das eingeleitete Umdenken der Parteien aufzeigen.

### 3.1 Zur aktuellen Situation von Frauen in der Politik

Seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland sind Frauen innerhalb der Volksvertretung aktiv vertreten. Bis in 1980er Jahre hinein lag ihr Anteil jedoch bei weniger als zehn Prozent (siehe Darstellung 1). In der Wahlperiode 2002-2005 waren die bisher meisten Politikerinnen im Bundestag vertreten, sie stellten damals 32,5 Prozent der Abgeordneten dar. In der Deutschen Demokratischen Republik lag der Frauenanteil zwar bereits in den 1950er Jahren über zwanzig Prozent, spiegelte damit aber auch nicht den Frauenanteil in der Gesellschaft wider (vgl. Frauen machen Karriere 2008, o. S.).

Darstellung 1: Entwicklung des Frauenanteils im Bundestag



Angaben jeweils zu Beginn der Wahlperiode. Quelle: Deutscher Bundestag 2008a.

Seit den vorgezogenen Wahlen 2005 wird Deutschland erstmals von einer Bundeskanzlerin regiert. Die Ernennung von Angela Merkel zur Regierungschefin hat auf der einen Seite die Diskussionen über weiblichen Führungsstil und eine Feminisierung von Politik angeheizt. Auf der anderen Seite kann aber nach wie vor nicht von einer gleichberechtigten Teilhabe der Frauen an politischen (Entscheidungs-) Prozessen gesprochen werden. Sämtliche politische Instanzen sind nicht paritätisch besetzt und werden überwiegend von Männern geleitet. Im derzeit amtierenden 16. Bundestag sitzen 612 Abgeordnete, 416 Männer und 196 Frauen.

Das entspricht einem Frauenanteil von 32 Prozent (vgl. Bundestag 2008b, o. S.). Die Verteilung in den einzelnen Fraktionen zeigt Darstellung 2.

**Darstellung 2: Geschlechterverteilung in den Fraktionen des 16. Bundestages**

Fraktionen	Frauen	Männer	Gesamt	Frauenanteil
CDU/CSU	47	176	223	21,1%
SPD	79	143	222	35,6%
FDP	15	46	61	24,6%
DIE LINKE.	25	28	53	47,2%
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	30	21	51	58,8%
fraktionslos	0	2	2	0,0%
<b>Bundestag gesamt</b>	<b>196</b>	<b>416</b>	<b>612</b>	<b>32,0%</b>

Stand: Februar 2008. Quelle: Deutscher Bundestag 2008b.

Es zeigt sich, dass sich die Erfolgsaussichten in den Bundestag gewählt zu werden für weibliche Kandidaten verbessert haben. Interessant ist allerdings, dass die von den Parteien selbst gesetzten Quoten meist nicht erfüllt werden (vgl. BMFSFJ 2005b, o.S.). Insbesondere in der Fraktionsgemeinschaft CDU/CSU fällt auf, dass Frauen eindeutig unterrepräsentiert sind. Bei 224 erworbenen Mandaten gehen nur 47 an weibliche Abgeordnete, wobei zumindest die CDU satzungsgemäß ein Quorum von 33 Prozent einhalten will. Auch die SPD kann die von ihr angestrebte 40 Prozent-Beteiligung nicht einhalten. Statt der dafür notwendigen 89 Mandate wurden nur 79 an die sozialdemokratischen Frauen vergeben. Die Linke setzt ihren paritätischen Ansatz um und kann bei ihrem Frauenanteil nur von Bündnis 90/Die Grünen übertroffen werden, bei denen sogar 30 Sitze an Frauen gingen und nur 21 an Männer. Die FDP und die CSU haben in ihrer Satzung keine Quotierung festgelegt und zeigen auch in ihrer politischen Praxis keinen hohen Frauenanteil.

Auch in den Länderparlamenten ist der Frauenanteil in den vergangenen Jahren gestiegen und liegt derzeit bei durchschnittlich 33 Prozent. Allerdings variiert der Anteil zwischen den Bundesländern deutlich. Im Stadtstaat Bremen sind 45 Prozent der Sitze an Frauen vergeben, in Baden-Württemberg lediglich 22,6 Prozent (vgl. BMFSFJ 2005b, o. S.). Die Beteiligung von Frauen in kommunalen Parlamenten ist bisher unzureichend erforscht worden. Aus den wenigen Untersuchungen wird aber deutlich, dass immer noch nur wenige Frauen in der Kommunalpolitik aktiv sind, einem Bereich, der lange Zeit ausschließlich von Männern besetzt war. Aufgrund ihrer geringen Präsenz und unter dem Druck, ihre politische Existenzberechtigung

unter Beweis stellen zu müssen, zeigen sie in der Regel einen vergleichsweise hohen Arbeitseinsatz (vgl. Hofer/ Wolfgruber 2000, S. 258). Der Anteil von aktiven Frauen auf kommunaler Ebene wurde im Gender Datenreport der Bundesregierung für das Jahr 2002 auf 24,1 Prozent beziffert. Diese Zahl liegt sogar noch unter der Repräsentanz auf Bund- und Länderebene (vgl. BMFSFJ 2005b, o. S.). Die geringe Zahl aktiver Frauen in der Kommunalpolitik ist besonders verheerend, weil Rekrutierungen für höhere Posten auf dieser Ebene beginnen. Die „Ochsentour“ durch die politischen Instanzen startet in aller Regel hier, Quereinstiege sind eher selten.

Allein eine hohe Anzahl an Frauen in den Instanzen der Politik führt jedoch nicht zu einer feministischen Politik. Ihr Handeln wirkt sich nur dann auf die Lebensbedingungen von Frauen aus, wenn Fraueninteressen auch öffentlich vertreten werden (vgl. Roemheld 1994, S. 68f). Frauen müssen sich zusammenschließen und gemeinsame frauen- und genderpolitische Forderungen stellen und sie vehement gegen die männliche Dominanz verteidigen, um das Machtgefüge zugunsten von Frauen zu verändern (vgl. Hoecker 1987, S. 19).

Natürlich muss dabei einschränkend beachtet werden, dass nicht alle Frauen gleichermaßen an Frauenpolitik und Gleichstellungsfragen interessiert sind. Sicher gibt es auch viele, die sich rein auf ihr Themengebiet beschränken oder sich dem Thema Gleichstellung aus machtpolitischen Erwägungen nicht nähern wollen.

Seitens der Männer besteht größtenteils kein großes Interesse an einem machtvollen Zusammenschluss von Frauen (vgl. Lukoschat 1998, S. 133). Feminismus und frauenpolitisches Engagement werden daher vielfach negativ betrachtet und lächerlich gemacht. Es besteht die Annahme, dass dies in dem Interesse geschieht, die eigene Vormachtstellung beizubehalten. Politikerinnen werden oft in zwei Lager gespalten: die Emanzen und die anderen Frauen. Beide werden von den Männern unterschiedlich behandelt. Da die Karriere der Frauen von männlicher Unterstützung abhängig ist, müssen Frauen abwägen, ob sie sich anpassen oder nicht (vgl. Roemheld 1994, S. 73f).

Der prozentuale Partizipationsunterschied („gender gap“) wurde und wird im „male stream“ der Politikwissenschaft nicht ausreichend diskutiert, zumindest scheint der Frauenausschluss kein Anlass zur Infragestellung der demokratischen Realität zu

sein und führt in seiner Nichtthematisierung zur fortlaufenden Reproduktion der Verhältnisse, da Demokratie an dieser Stelle scheinbar nicht revisionsbedürftig ist (vgl. Holland-Cunz 1998, S. 182f). Dieser Zustand wirkt sich auch auf die Beurteilung der traditionellen Politikformen durch Frauen aus. Sie bevorzugen unkonventionelle Beteiligungsformen, beispielsweise die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, unter anderem auch, weil sie Frauenförderung in den Parteien nur als halbherzig wahrnehmen (vgl. Hofer/ Wolfgruber 2000, S. 270). Die Entscheidung, nicht an klassischen Politikformen zu partizipieren, sollte daher auch nicht als Politikunfähigkeit von Frauen gewertet werden, sondern vielmehr als eine kritische Auseinandersetzung mit vorgefundenen Strukturen und Prozessen und der Entscheidung, nicht daran teilhaben zu wollen (vgl. Naßmacher 1994, S. 54). Der Anspruch, politische Prozesse verändern zu wollen, sollte jedoch nicht mit dem Verzicht von Machtansprüchen verknüpft sein. In Äußerungen von Frauen, die zuweilen davon ausgehen, dass Politik ohne Macht auskommt, sieht Nassmacher eine Haltung, die Frauen in ihrem privaten Umfeld erlernt haben. Diese durch Sozialisation erworbene Haltung behindere die Frauen in der Umsetzung von Veränderungen und schränke ihre Wirkkraft ein (vgl. ebd.).

In einer Reihe von Studien (z.B. Meyer 1997 und Hoecker 1998) wurde untersucht, ob es ein frauenspezifisches Politikverständnis im Sinne eines anderen Politik- und Führungsstils gibt. Die Vorvermutungen in diesen Untersuchungsreihen leiteten sich aus dem feministischen Diskurs ab. Die getroffene Annahme, dass der weibliche Politikstil insgesamt kooperativer und weniger karriereorientiert sei, konnte jedoch nicht eindeutig aufgezeigt werden.

Dennoch zeigte die qualitative Befragung von Parlamentarierinnen aus unterschiedlichen Generationen (s. Meyer 1997) das Vorhandensein eines frauenspezifischen Politikverständnisses auf. Es wurde charakterisiert durch eine im Gegensatz zu den männlichen Politikern stärkere Orientierung zur Alltagspolitik und einen starken Anspruch bestimmte gesellschaftliche Gruppen wie Frauengruppierungen, Minderheiten und sozial Schwache zu vertreten. Dieser praxis- und personenbezogene Blick orientiert sich an konkreten Lebenssituationen und Problemlagen von unterschiedlichen Personengruppen. Zudem thematisiert er auch weibliche Lebenszusammenhänge, die bei männlichen Argumentationen kaum Berücksichtigung finden (vgl. Meyer 1997, Hoecker 1998 und Geißel 1999).

Laut Kulke (1999, S.13) sind die frauenspezifischen Gemeinsamkeiten allerdings nicht unbedingt im Stil oder den Eigenschaften der Politikerinnen zu suchen, sondern entstehen durch ihre Erfahrungen, Verpflichtungen und Ermutigungen. Die daraus entstehende Herangehensweise an politische Felder beeinflusst den Inhalt der parlamentarischen Arbeit und die Ergebnisfindung in den einzelnen Gremien. Eine größere Anzahl von Frauen in der Politik würde in der Folge deren Inhalte verändern können. Umgekehrt wird jedoch der Machtgewinn voraussichtlich Auswirkungen auf Einstellungen und Handeln der Akteurinnen haben (vgl. Hoecker 1998, S. 74). Bei der Charakterisierung spezifischer Verhaltensweisen und Einstellungen besteht indessen die Gefahr der Pauschalisierung und des Missbrauchs. Schöler-Macher warnt zu Recht davor, dass weibliche Stereotypen „seitens der Männer zur Abwertung und Ausgrenzung von Frauen genutzt werden“ (Schöler-Macher 1994, S. 38). Weiblichkeitsstereotypen und die damit einhergehenden Verhaltensweisen werden nicht nur von den Männern als Vorurteile, sondern gleichzeitig auch von den Frauen als Handlungsorientierung genutzt. Sie wirken als eine Art Stütze in neuen und unsicheren Situationen, auf die gerne zurückgegriffen wird (vgl. ebd.).

Politik, so wie sie derzeit organisiert und gestaltet ist, kann als eine männliche Sphäre bezeichnet werden. Die politische Kultur ist geprägt von männlichen Kommunikations- und Verhaltensmustern, in der die Beteiligung von Frauen erst nach vielen Jahren stattgefunden hat. Interessierten Frauen fehlt es an Orientierungsmustern und Vorbildern weiblichen politischen Engagements (vgl. Schöler-Macher 1994, S. 17f). Der Zugang ist für sie jedoch ungleich schwerer, da „Handlungsmuster und -anforderungen der politischen Tätigkeit an der „männlichen“ Lebenswelt orientiert sind“ (Weber 1998, S. 14). So orientieren sich beispielsweise die gängigen Rahmenbedingungen wie Zeit- und Organisationsmuster nicht an der weiblichen Lebensführung (vgl. ebd.). Ein weiterer Punkt sind die in der Politik bestehenden Männerbünde, die nicht immer einfach auszumachen sind. Sie werden nicht in jedem Fall als solche deklariert, äußern sich aber auf vielfältige informelle und latente Weise. Sie können beabsichtigt und unbeabsichtigt sein, schließen aber in jedem Fall Frauen aus. Diese Bünde zeichnen sich durch eine starke hierarchische Binnenstruktur aus und können als ein Instrument des männlichen Machterwerbs gesehen werden (vgl. Kreisky 2000, S.170ff). Sie sind darüber hinaus auch

Instrument zur Stabilisierung von hegemonialer Männlichkeit; dieses Konzept wurde in Abschnitt 2.3 bereits vorgestellt.

Aufgrund von strukturellen Gegebenheiten – hierzu zählen ausgeprägte Hierarchien, männerbündische Strukturen und ein nur schwer möglicher Quereinstieg – stellen Frauen in der Politik die Minderheit.

Diese Strukturen des politischen Apparates ermöglichen nicht jedem Individuum die gleiche Verwirklichung, egal ob Frauen und Männer nun anders oder ähnlich agieren. Der Zugang zu Ämtern und Macht bleibt vorerst für Männer einfacher und selbstverständlicher. Für Frauen bedeutet das, dass sie sich an männliche Gesetze und Regeln anpassen müssen, wenn sie im politischen System Erfolg haben wollen (vgl. Roemheld 1994, S. 68). Selbst für Frauen, die sich durch Anpassung in die politische Elite hochgearbeitet haben, ergeben sich in diesem männlich geprägten Raum Politik fortwährend Barrieren. Sie nehmen nach wie vor eine Sonderstellung ein und werden durch Ausschlussmechanismen, wie z.B. der Verlagerung politischer Entscheidungen in informelle Kreise, von einer gleichberechtigten Partizipation ausgeschlossen (vgl. Holland-Cunz 1998, S. 38 und 181f). Um trotz dieser Mechanismen innerhalb konventioneller Politik erfolgreich arbeiten zu können, entwickeln Frauen Strategien des Leidens, der Herausforderung, des Paktierens und der reflektierten Nutzung des Vorgefundenen. Das Spektrum ihrer Möglichkeiten ist überwiegend defizitär und zeigt, dass der Umgang mit der Institution Politik nicht selbstverständlich ist (vgl. Schöler-Macher 1994, S. 234ff).

Hofer und Wolfgruber konnten in einer gemeinsamen Studie aufzeigen, dass Eigenschaften wie Verantwortungsbewusstsein, Gerechtigkeitsempfinden, Einsatzbereitschaft und Kontaktfreudigkeit eher Frauen zugesprochen wurden. Gleichzeitig gehören diese vier Kompetenzen zu den sechs wichtigsten Eigenschaften, die Politiker aus Sicht der Befragten haben sollten. Hier zeigt sich, dass die Bevölkerung durchaus weibliche Stärken anerkennt, in Diskussionen über Politikerinnen oftmals aber ausschließlich vermeintliche Defizite anspricht (vgl. Hofer/Wolfgruber 2000, S. 270f). Fachliche Anerkennung gestaltet sich für Frauen deutlich schwieriger. Männer trauen sich in der Regel mehr zu als Frauen und können sich auf ihre quantitative Mehrheit stützen, überschätzen sich dadurch aber auch häufiger. Auch wegen ihrer exponierten Rolle lassen sich Frauen schneller

verunsichern und stellen häufig ihre eigenen Fähigkeiten in Frage (vgl. Naßmacher 1994, S. 57).

Die bekannteste und gleichzeitig wohl umstrittenste Frauenförderungsmaßnahme ist die Quotenregelung, über die ein festgesetzter Prozentsatz der zu besetzenden Funktionen einem Geschlecht vorbehalten ist. Diesem Instrument wird vorgeworfen, es würde Kompetenz und Leistung als Auswahlkriterium untergraben. Zu hinterfragen ist jedoch, ob andere Auswahlkriterien rein objektiv bewerten oder ob diese Kriterien sich „nach sozialem und kulturellem Kapital, nach materiellen Ressourcen sowie nach Geschlechtszugehörigkeit“ (Geißel 1999, S. 219) reproduzieren. Die Partizipation aller Gruppen einer Gesellschaft ist wichtig, wobei noch keine Aussage gemacht wird, ob die einen es besser machen als die anderen. So zeigt sich auch, dass „unausgesprochene Quotierungen nach den Kriterien katholisch/protestantisch, Nord/Süd, Unternehmen/Gewerkschaften, Parteizugehörigkeiten in Koalitionen und seit dem Mauerfall Ost/West“ (Geißel 1999, S. 219f) wesentlich akzeptierter sind. Aber nicht nur Männern, sondern auch viele Frauen lehnen die Quote ab. Sie befürchten, dass eine Rekrutierung über die Quote einen Nachteil für ihr Image und die Einschätzung ihrer Kompetenz haben könnte (vgl. Naßmacher 1994, S. 65). Hier steht den Frauen der eigene Anspruch und das eigene Selbstbewusstsein im Weg.

Quotenregelungen vergrößern die individuellen Partizipationschancen von Frauen. Es zeigt sich, dass eher parteiuntypische Frauen, ohne partei- und politikspezifische Vorsozialisation, durch sie berücksichtigt werden. Über diese Rekrutierungsform wird also eine Persönlichkeitsentfaltung und Kompetenzaneignung im politischen Handeln unterstützt. Die Qualität der Politik wird mit der Quote allerdings nicht automatisch verbessert, da, wie bereits angedeutet, keine eindeutig binären Handlungsweisen von Männern und Frauen vorliegen. Vielmehr muss die Idee eines neuen, besseren Politikstils in einer offenen Debatte über institutionalisierte Politik mit beiden Geschlechtern ausgehandelt werden, indem alte (Rekrutierungs-) Muster kritisch hinterfragt werden (vgl. Geißel 1999, 217ff).

Die Strategien innerparteilicher Frauenförderung der bundesweit agierenden Parteien variieren in ihrer Ausrichtung stark. Parteien wie die CSU oder die FDP

verzichten zum größten Teil auf frauenfördernde Maßnahmen. Wo die CSU mit einem rhetorischen Versprechen versuchen will, Frauen bei allen Wahlen zu berücksichtigen, nimmt sich die FDP zumindest über die Strategie der positiven bzw. unterstützenden Aktion vor, die Erhöhung des Frauenanteils entsprechend ihrem Mitgliederanteil anzustreben. Diese freiwilligen Verpflichtungen werden bei Nichteinhaltung aber nicht sanktioniert.

In den anderen Parteien finden sich hingegen Strategien der positiven Diskriminierung. In der SPD muss in den Funktionen und Mandaten jedes Geschlecht mindestens 40 Prozent vertreten sein, während in der CDU das Quorum gilt, wonach mindestens ein Drittel durch Frauen besetzt werden soll<sup>3</sup>. Die Linke strebt einen Frauenanteil von mindestens 50 Prozent an, bei Bündnis 90/Die Grünen sieht eine harte Quote jeden ungeraden Listenplatz für Frauen vor. Diese verbindlichen Maßnahmen der positiven Diskriminierung führen zu einer konkreten Machtverschiebung zugunsten der weiblichen Parteimitglieder (vgl. Hoecker 1998, S. 83ff). Wichtig ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass stets nur das Amt quotiert wird. Dabei werden nicht die ungleichen gesellschaftlichen Lebensbedingungen berücksichtigt, die es vor allem Menschen mit familiären Verpflichtungen erschweren, politische Ämter auszufüllen. Da Frauen häufiger familiäre Aufgaben übernehmen, kann die Quote nur begrenzt wirkungsvoll sein. „Die tatsächliche Verwirklichung der politischen Gleichberechtigung von Frauen wird erst mit der Veränderung der Formen der politischen Arbeit sowie einem Abbau der gesellschaftlichen Ungleichheit von Frauen zu erreichen sein“ (Hoecker 1995, S. 109).

Das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf scheint für Politiker seltener ein Problem darzustellen, als für ihre Kolleginnen. Traditionelle Rollenbilder sorgen dafür, dass Frauen nach wie vor überwiegend für den privaten Bereich zuständig sind. Auch die Bevölkerung scheint sich häufiger Gedanken darüber zu machen, ob Politikerinnen gleichzeitig gute Mütter sein können, wobei diese Frage männlichen Politikern wohl eher selten begegnet (vgl. Hofer/ Wolfgruber 2000, S. 255ff). Hoecker konnte jedoch nachweisen, dass lebenssituative Faktoren keinen erklärenden Einfluss auf den Aktivitätsgrad von Politikerinnen haben, entscheidende Faktoren

---

<sup>3</sup> Das Quorum gilt jedoch nur für den ersten Wahlgang, der für ungültig erklärt wird, wenn nicht genügend Frauen gewählt wurden. In weiteren Wahlgängen hat das Frauenquorum keine Bedeutung mehr. Es muss nur dargelegt werden, warum es nicht erreicht worden ist (vgl. CDU 2008, o. S.).

sind hier vielmehr die Eintrittsmotive sowie parteiinterne Sozialisationserfahrungen. Familiäre Aufgaben sind eher relevante Barrieren, wenn es um den Beitritt in Partei und Gremien geht (vgl. Hoecker 1987, S. 111). Politisch aktive Frauen müssen demzufolge also Strategien entwickelt haben, wie sie die Vereinbarung organisieren. Zwar zeigt sich trotz verstärkter Berufstätigkeit von Frauen keine entsprechend neue Arbeitsteilung der Geschlechter im familiären Bereich. Dafür haben sich neue hierarchische Arbeitsteilungsmuster zwischen Frauen entwickelt. Betreuung- und Pflegearbeiten werden von anderen Frauen aus der Familie (z.B. der Großmutter) oder bezahlten, zumeist weiblichen Kräften übernommen (vgl. Jurczyk / Rerrich 1993 S. 93). Als eine weitere Strategie sollte auch der Verzicht auf Ehe/ Partnerschaft oder Kinderlosigkeit gesehen werden.

### **3.2 Notwendige Veränderungen der gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in Hinblick auf eine gleichberechtigte Beteiligung der Geschlechter in der Politik**

Bei der Thematisierung von Frauen in der Politik findet häufig eine Fixierung auf die vorgeblichen weiblichen Defizite statt. Egal in welchem Rahmen dies geschieht, ermöglicht wird die defizitäre Betrachtung dadurch, dass männlich Politikpraxis weiterhin als Norm angesehen wird. Wirkungsvolle Strategien zur Erhöhung des Frauenanteils in der Politik erfordern daher für Frauen passende Kommunikationskonzepte, die sie in ihren Stärken ernst nehmen und unterstützen (vgl. Hofer/ Wolfgruber 2000, S. 270f).

Es hat sich gezeigt, dass der oft beschworene Rollenkonflikt von Frauen zwischen Erwerbstätigkeit und Familie bei Frauen in höheren Positionen weniger ins Gewicht fällt, als vielmehr die normativen Vorstellungen der Gesellschaft zur Rolle der Frau (vgl. Hoecker 1987, S. 25). Kulturelle Deutungsmuster zur Geschlechterdifferenz und die binäre Konstruktion von „Weiblichkeit“ und „Männlichkeit“ bilden die Basis des „doing gender“ in der Politik. Stereotype Verhaltenserwartungen und Vorurteile werden von Frauen nicht ausschließlich kritisch wahrgenommen, sondern können von ihnen auch als Entlastungsmechanismen genutzt werden. Durch beide Wege stabilisiert sich aber die männliche Machtüberlegenheit in der Politik. Das Ziel frauen-

und genderpolitischer Strategien muss es daher sein, diese Mechanismen aufzuzeigen und ihre Wirkung zu verdeutlichen, indem in der konkret anstehenden Handlungssituation die Abhängigkeitsverhältnisse klar aufgezeigt werden (vgl. Schöler-Macher 1994, S. 254). „Die Reflexion über Geschlechterverhältnisse muß also Handlungsorientierung sein“ (Naßmacher 1994, S. 55). Dabei sollte auch die bisherige Situation der Männer ausreichend betrachtet werden und Zielmodelle entwickelt werden, die für sie interessant und nicht nur mit dem Verlust an Macht gekoppelt sind. Eine alleinige Angleichung an eine gängige männliche Normen scheint hingegen wenig Erfolg versprechend, schließlich sollten alle AkteurInnen in ihrer Verschiedenheit als Gleiche anerkannt werden (vgl. Horster 1998, S. 18f).

Auch außerhalb der politischen Instanzen bedarf es einer Auseinandersetzung mit den Geschlechterverhältnissen und den gängigen Stereotypen. Als positives Beispiel ist hier die öffentliche Debatte zu nennen, die in den frühen 1960er Jahren in Schweden geführt wurde. Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern wurde hier nicht nur öffentlich über die Rolle der Frau diskutiert, sondern über beide Geschlechterrollen gleichermaßen. Die frühe Thematisierung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer hat zu einer gegenüber Geschlechterfragen aufgeschlossenen Kultur und egalitären Strukturen geführt (vgl. Bergqvist 1998, S. 328). Eine Strategie, die es Frauen ermöglicht, verstärkt an der Politik zu partizipieren, sollte immer auch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung thematisieren, insbesondere eine Umverteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit und eine Rollenveränderung des Mannes (vgl. Hofer/ Wolfgruber 2000, S. 257f und Hoecker 1998, S. 86f).

Neben den Strukturveränderungen im politisch-administrativen System, bedarf es zusätzlich bildungspolitischer Maßnahmen. Individuelle Qualifizierungs- und Trainingsangebote können beim Erwerb notwendiger Kompetenzen und Fähigkeiten unterstützen, die im politischen Tagesgeschäft unabdingbar sind (vgl. Weber 1998, S. 13).

#### **4. Erklärungsansätze zu Geschlechtsunterschieden in der politischen Partizipation**

Im dritten Kapitel dieser Arbeit wurde die Situation von Frauen in der Politik dargestellt. Es hat sich gezeigt, dass es immer noch eine Reihe von frauenspezifischen Barrieren bei der Partizipation an der institutionellen Politik gibt. Bärbel Schöler-Macher hält hierzu fest, dass unterschiedliche Lebenslagen und Relevanzstrukturen Ergebnis einer nach Geschlecht polarisierten Kultur sind und Schwierigkeiten von Frauen bei der politischen Partizipation nicht als Ergebnis individuellen Verschuldens zu werten sind, sondern „in komplexer Weise mit der Organisation des Geschlechterverhältnisses und der Konstruktion von Geschlechterdifferenz in unserer Gesellschaft zusammenhängt“ (Schöler-Macher 1994, S. 32). Bei dieser Perspektive dürfen auch die Unterschiede unter den Frauen selbst nicht ausgeblendet werden.

Im folgenden Abschnitt sollen verschiedene Determinanten aus der genderorientierten und Mainstream-Partizipationsforschung zur Erklärung der Geschlechtsunterschiede in der politischen Partizipation herausgearbeitet und ein Zwischenfazit zur Situation von Frauen in der Politik gezogen werden.

##### **4.1 Aktuelle Erklärungsansätze zu Geschlechtsunterschieden in der politischen Partizipation**

Brigitte Geißel stellt in ihrem Überblick über Partizipationsforschung die drei populärsten Mainstream-Ansätze zur Erklärung unterschiedlicher Partizipation vor: geschlechtsspezifische Sozialisation, geschlechtsspezifisch unterschiedliche Lebenslagen und geschlechtsspezifisch unterschiedliche strukturelle Zugangsbarrieren. Dabei gelangt sie zu folgender Hauptaussage:

„Genderorientierte ForscherInnen kritisieren an den Mainstreamansätzen, dass eine systematische Berücksichtigung des Geschlechts als gesellschaftlichem Organisations- und Strukturierungsprinzip fehlt. Das ungleiche Partizipationsverhalten könne nur verstanden und erklärt werden,

wenn der patriarchale Charakter der Gesellschaft und die androkratische Form der real existierenden Demokratie berücksichtigt würden“ (Geißel 2004, S. 9).

Wird die Analyse des Geschlechts als gesellschaftliches Organisations- und Strukturierungsprinzip bei der Suche nach Erklärungsmustern nicht berücksichtigt, ist das Ergebnis häufig nur eine stereotype Annahme über die partizipationshemmende Sozialisation und die privaten Verpflichtungen von Frauen. Dadurch wird die androzentristische These von der defizitären und unpolitischen Frau nur verstärkt und nicht aufgebrochen (vgl. Geißel 1999, S. 22f). Feministische Forschung versteht Geschlecht nicht als eine unabhängige Variable im Erklärungsmodell für politische Partizipation, sondern als Grundprinzip gesellschaftlicher Organisation. Durch diese Perspektive kommt kulturellen, soziokulturellen sowie institutionellen Einflussfaktoren eine hohe Bedeutung zu (vgl. Hoecker 1995, S. 28 und Hoecker/ Fuchs 2004, S. 12).

Traditionelle Ansätze folgern aufgrund der fehlenden Präsenz von Frauen in der Politik, dass diese weniger politisch interessiert sind. Hoecker verweist auf die enge Definition von Politik, die bei radikalen Ansätzen in Frage gestellt wird, und zeigt eine stärkere Beteiligung von Frauen in unkonventionellen Bereichen auf. Eine Partizipation außerhalb des politisch-administrativen Systems wird jedoch selbst von den Akteurinnen nicht immer als politisch definiert (Hoecker 1995, S. 25f). Der Begriff „politisches Interesse“ als erklärende Variable scheint daher nicht sinnvoll, da er nicht eindeutig ist. Empirisch nachweisbar ist im Bereich der individuellen politischen Orientierung allerdings ein geschlechtsspezifischer Unterschied in der Kompetenzüberzeugung. Sowohl bei der konventionellen als auch bei der unkonventionellen Form der Partizipation, schätzen Frauen sich durchschnittlich als weniger kompetent ein (vgl. Geißel 2004, S. 10f).

In vielen Mainstream-Analysen, aber auch in der genderorientierten Forschung wird auf sozialisationstheoretische Erklärungsansätze zurückgegriffen. Die Annahme ist hier, dass Mädchen und Jungen durch eine geschlechtsspezifische Sozialisation an unterschiedliche Geschlechterrollen herangeführt werden, die auch ein bestimmtes Verhältnis zur Politik beinhalten. Mädchen würden dabei tendenziell eher partizipationshemmende Handlungsmuster erwerben als Jungen. Demnach wäre der

Abbau der Unterschiede über eine Umgestaltung der Sozialisationsbedingungen möglich (vgl. Westle/ Schoen 2002, S. 216). Geißel weist aber darauf hin, dass die geschlechtsspezifische Sozialisation und das spätere politische Handeln nicht zwingend in einem eindeutigen und linearen Verhältnis stehen.

„Erstens ist es wenig sinnvoll, von einer einheitlichen geschlechtsspezifischen Normalsozialisation auszugehen, denn es existieren vielfältige, schichtspezifische, ethnische und andere Unterschiede. Zweitens lässt die Zusammenfassung eines sekundäranalytischen Überblicks zu einschlägigen Studien vermuten, dass biographische Brüche sowie gesellschaftlicher Wandel einen größeren Einfluss auf das Partizipationsverhalten von Frauen ausüben als geschlechtsspezifische Sozialisation in Kindheit und Jugend“ (Geißel 2004, S. 12).

Durch einen Paradigmenwechsel in der Sozialisationsforschung in den 1980er Jahren trat das Subjekt erstmals aus dem Schatten der Sozialisationseinflüsse (vgl. Geißel 1999, S. 30). Im Zentrum der soziologischen Wissenschaft steht nun „die fortlaufende wechselseitige Konstitution von sozialem Handeln und sozialen Strukturen“ (Schimank 2007, S. 9). Ob und wie Personen politisch partizipieren bleibt demnach Ergebnis von Sozialisationseinflüssen, der Beteiligung der Person an den Prozessen wird jedoch mehr Gewicht beigemessen (vgl. Geißel 1999, S. 30). Vorgefundene soziale Strukturen beeinflussen die „Motive, Gelegenheiten und Ausdrucksformen des Handelns“ (Schimank 2007, S. 11). Aktives soziales Handeln bringt wiederum soziale Strukturen hervor oder reproduziert sie. Diese offenen und geschlossenen Strukturdynamiken werden im soziologischen Mainstream oft vernachlässigt (vgl. ebd., S. 12ff).

Zwischen der individuellen Ressourcenausstattung und politischer Partizipation besteht eine positive Korrelation. Je höher der Bildungsstand, je qualifizierter der Beruf und je höher das Einkommen, umso wahrscheinlicher wird die politische Beteiligung einer Person (vgl. Hoecker/ Fuchs 2004, S. 14). Seit Mitte der 1960er Jahre lässt sich ein sozialstruktureller Wandel nachweisen, der zu einer Veränderung der Bildungs-, Erwerbs- und Lebenssituation von Frauen und somit zur Steigerung des weiblichen Partizipationspotentials geführt hat (vgl. Hoecker 1995, S. 33).

Nachweislich verringern sich mit steigendem Bildungsniveau die Unterschiede im Interesse zwischen den Geschlechtern an institutioneller Politik. Gleichzeitig erhöht sich auch die subjektiv wahrgenommene politische Kompetenz. Durch Erwerbstätigkeit nimmt das Interesse an Politik zu und es zeigt sich auch, dass die parlamentarische Repräsentanz von Frauen in einem positiven Zusammenhang zum Ausmaß der Frauenerwerbstätigkeit steht (vgl. Hoecker/ Fuchs 2004, S. 14f). Nach diesem situativen Erklärungsansatz sind sozioökonomische Faktoren und die daraus entstehenden Lebensumstände von Männern und Frauen wichtige Einflussfaktoren für das unterschiedlich große Interesse an Politik. Es ist also in der Folge zu vermuten, dass sich die unterschiedliche politische Beteiligung verringern würde, wenn sich die Lebensumstände von Frauen und Männern weiter angleichen (vgl. Westle/ Schoen 2002, S. 216).

Als ein wesentlicher Einflussfaktor auf die politische Partizipation ist die politische Kultur eines Landes zu nennen. Politische Kultur variiert im internationalen Vergleich je nach Kulturgefüge und verändert sich mit den Einstellungen und Werteorientierungen der Mitglieder einer Gesellschaft. Sie beschreibt, was die Mitglieder einer Gesellschaft über Politik denken, welche Einstellungen, Werte und Vorurteile daraus hervorgehen. Einflussfaktoren auf die Kultur sind Zeitpunkt der Einführung staatsbürgerlicher Rechte für beide Geschlechter, der Einfluss der (katholischen) Kirche, sowie die Repräsentanz von Frauen im öffentlichen politischen Leben (vgl. Hoecker/ Fuchs 2004, S. 13ff).

Vorliegende Geschlechtsstereotypen und Einstellungen der Gesellschaft zur Rolle der Frau wirken sich auf die Entwicklung von politischen Interessen und Ambitionen zur politischen Teilhabe aus. In der Erklärung mangelnder weiblicher Partizipation reichen Individualdaten daher nicht aus. Im europäischen Vergleich zeigt sich, dass in einigen Ländern die Geschlechter nahezu paritätisch partizipieren und dass in anderen Ländern Frauen eine stark untergeordnete Rolle spielen (vgl. Geißel 2004, S. 13f). Insbesondere in den skandinavischen Ländern findet sich eine egalitäre Grundhaltung und ein damit verbundener hoher Stellenwert der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Dies zeichnet sich nicht nur im politischen, sondern auch im gesellschaftlichen Bereich ab, wofür die durchgängig hohe Erwerbsquote von Frauen ein Beleg ist. Für einen Einstellungswechsel in Deutschland braucht es daher nicht

nur Gesetze, sondern auch den politischen Willen, Frauen gleichberechtigt an politischen Prozessen zu beteiligen (vgl. Hoecker 1998, S. 395f).

Vorstellungen über eine allzeitige Verfügbarkeit von Personen in Leitungspositionen führen zur Diskriminierung von Frauen bei Personalauswahl und Rekrutierungsprozessen. Durch stereotype Annahmen über Verantwortung für Familienaufgaben wird Geschlecht zum Ausschlusskriterium, wobei viele Frauen in Führungsposition nachweislich auf Kinder verzichten (vgl. Alemann 2007, S. 26).

Die institutionellen Gegebenheiten der Politik zeichnen sich derzeit eher durch patriarchale Strukturen aus, welche die Beteiligung von Frauen erschweren. Im politischen Alltag von Parteien und Parlamenten gibt es Strukturen und Prozesse, die scheinbar neutral und demokratisch sind, aber immer wieder Geschlechterungleichheiten bestätigen und hervorbringen (vgl. Geißel 2004, S. 14 und Schöler-Macher 1994, S. 251). Die bis heute geltenden Strukturen und Prozesse im politisch-administrativen System wurden unter Ausschluss von Frauen festgelegt. Dazu zählen das Parteien- und Regierungssystem, sowie die Ausgestaltung des Wahlsystems und der Rekrutierungsmuster (vgl. Hoecker 1995, S. 35). Der Staat als Männerbund hat Zugangsbarrieren zu politiknahen gesellschaftlichen Bereichen aufgebaut, die aber nicht festgeschrieben sind, sondern über die politischen Akteure, eine Interessenverschiebung und gesellschaftlichen Wandel veränderbar sind (vgl. Westle/ Schoen 2002, S. 217).

## **4.2 Zwischenfazit**

Hoecker und Fuchs haben in ihrer vergleichenden Analyse festgehalten, dass neben institutionellen und sozialstrukturellen Einflussfaktoren die nationale politische Kultur der wichtigste Faktor für die Partizipation von Frauen an der Politik darstellt. Im europäischen Vergleich zeigt sich deutlich, dass Staaten mit egalitären Strukturen einen höheren Anteil von Frauen in der Politik und insgesamt im öffentlichen Leben der Gesellschaft aufzeigen. Eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik sollte somit primär auf einen Einstellungswandel innerhalb der Gesellschaft hinarbeiten (vgl. Hoecker/Fuchs 2004, S. 15f). Meines Erachtens ist es in einem konservativ-

korporatistischen Wohlfahrtsstaat wie Deutschland, der über seine lohnarbeits- und sozialversicherungszentrierte Ausrichtung ein traditionelles Familienbild und Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern verfestigt, noch ein langer Weg, bis sich alte Traditionen aus dem Denken der PolitikerInnen und der BürgerInnen aufgeweicht haben (vgl. Esping-Andersen 1997, S. 21ff). Eine größere Aufgeschlossenheit wird auch durch real zu bewältigende Lebensumstände verhindert, da nicht alle Optionen möglich erscheinen oder Priorität haben, wenn sich Personen in prekären Situationen befinden. Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang auch der hierarchisierten Wertigkeit von lebensweltlichen Sphären zu (vgl. Kreisky 1994, S. 21).

In Vorbereitung auf die Beantwortung der Forschungsfrage, ob die Hälfte der Macht in Besitz der Frauen in der Grünen Jugend ist, wird in dieser Arbeit davon ausgegangen, dass aufgrund ähnlicher Lebenskontexte strukturelle Gemeinsamkeiten unter Frauen bestehen. Dabei wird das „doing gender“ in der gesellschaftlichen Interaktion nicht aus dem Blick genommen, ebenso wenig wie eine gewünschte Dekonstruktion des Geschlechts als Strukturkategorie mit negativen Folgen für das weibliche Geschlecht (vgl. Geißel 1999, S. 39). Eine Infragestellung der Gruppe „Frauen“ und somit einer Vereinzelung aller Individuen würde in diesem Kontext jedoch entpolitisierend wirken und zu keinem Ergebnis im Sinne der Auftraggeberin führen.

Diese widersprüchlichen Anforderungen, zum einen die frauenspezifischen Aspekte zu ermitteln und zum anderen die Konstruktion der Zweigeschlechtlichkeit aufzudecken, sind nur zufriedenstellend zu lösen, wenn Ähnlichkeit und Unterschiedlichkeit von Frauen in den Blick genommen werden (vgl. Geißel 1999, S. 40) und die Strukturkategorie „Mann“ ebenfalls Berücksichtigung findet.

Individuum und Struktur stehen in einem Wechselverhältnis zueinander und müssen daher im Verhältnis zueinander erfasst werden. Erst durch eine Betrachtungsweise, welche diese wechselseitige Beziehung in den Blick nimmt, kann nachvollzogen werden, warum trotz gesetzlichen Anspruch und Förderungsmaßnahmen der Parteien eine Ungleichheit zwischen den Geschlechtern bestehen bleiben kann. Dabei muss auch erkannt werden, dass Frauen die Strukturen, die sie als Barrieren

wahrnehmen, mitgestalten und sie deshalb auch selbst Verantwortung tragen müssen (vgl. Deppe 2004, S. 19ff).

Innerparteiliche Partizipationsvoraussetzungen können zu einem Wandel in der Beteiligung führen. Die Parteien sollten sich auch als Ort der politischen Sozialisation verstehen, in dem die Aktiven auf anregende Strukturen treffen wollen. Zum einen muss bei Parteieintritt nicht zwingend ein Interesse entwickelt sein, auch stark zu partizipieren, denn vielleicht wollen Neueinsteiger nur passiv unterstützen oder treten ein, weil sie in der Partei Anschluss finden wollen. Zum anderen können überholte Routinen und Rituale gerade für junge Leute abschreckend wirken. Parteien müssen demnach Frauen Handlungsmöglichkeiten zur Partizipation anbieten und sie in ihrer Kompetenzüberzeugung bestärken (vgl. Geißel 1999, S. 31ff). Mit dem Ansatz des Empowerments, Anerkennung zollen und dazu befähigen etwas selbst zu tun, kann einem niedrigen Frauenanteil entgegengewirkt werden, sowie mit dem Aufzeigen von Chancen und Erfolgen (vgl. Kulke 1999, S. 13).

## **5. Darstellung des politischen Jugendverbands „Grüne Jugend“**

Nachdem in den vorausgegangenen Kapiteln das Verhältnis von Jugendlichen zur Politik und geschlechtsspezifische Besonderheiten bei der Partizipation an der Politik dargestellt wurden, wird im folgenden Kapitel der politische Jugendverband Grüne Jugend vorgestellt. Dabei wird auf die Verbindung zur Partei Bündnis 90/ Die Grünen Bezug genommen, sowie die formale Verankerung von Geschlechteraspekten aufgezeigt.

Der Bundesverband der Grünen Jugend wurde 1994 gegründet und ist die Jugendorganisation der Partei Bündnis 90/ Die Grünen. Zunächst war der eigenständige Verband unter dem Namen Grün-Alternatives Jugendbündnis (GAJB) aktiv, änderte seinen Namen im Jahr 2000 dann in Grüne Jugend und wurde 2001 offizielle Teilorganisation von Bündnis 90/ Die Grünen. Vor der Gründung des GAJB und parallel dazu existierte noch die Bundesjugendkontaktstelle (BUJUKS), die als Koordinationsstelle für eine lose Vernetzung junger Mitglieder und Sympathisanten der Grünen diente (vgl. Grüne Jugend 2008a, o. S. und Grüne Jugend 2008b, o. S.).

Die Grüne Jugend steht inhaltlich der Partei Bündnis 90/ Die Grünen nahe, agiert als selbständige Vereinigung jedoch unabhängig und nimmt gegenüber der Partei oftmals auch eine kritische Position ein. Der Jugendverband beschreibt sich selber mit den Attributen „ökologisch, sozial, globalisierungskritisch, basisdemokratisch, emanzipiert, antirassistisch, international und gewaltfrei“ (Grüne Jugend 2008a, o. S.). Seine übergeordnete Aufgabe ist die Entwicklung von politischen Zielen und Vorstellungen im Austausch untereinander, mit der Partei und der Gesellschaft. Dabei streben sie insbesondere die Zusammenarbeit mit verschiedenen Jugendverbänden und außerparteiischen Jugendinitiativen an (vgl. Grüne Jugend 2007b, o. S.).

Der Bundesverband der Grünen Jugend besteht, entsprechend der Bundesländer, aus sechzehn Landesverbänden, die autonome Regelungen für ihre kommunalen Gebietsverbände aufstellen. Mitglied kann jede Person werden, die nicht älter als 27 Jahre ist und sich zu den Zielen der Grünen Jugend bekennt (vgl. Grüne Jugend 2007b, o. S.)

Derzeit zählt der Jugendverband 6864 Mitglieder. Der Frauenanteil liegt insgesamt bei 39,82% Prozent, wobei die Spannweite zwischen 29,00 Prozent im Saarland und 46,15 Prozent in Bremen liegt (s. Darstellung 3).

Die Ergebnisse einer verbandsinternen Befragung aus dem Jahr 2005 zeigen deutlich, dass die Mitglieder der Grünen Jugend einen hohen Bildungsstand aufweisen. Von den 330 Befragten gaben 314 Personen bei der Frage nach der Schulbildung an, das Gymnasium zu besuchen oder das Abitur gemacht zu haben. Nur zwei Personen gaben als höchsten Schulabschluss die Hauptschule an, dreizehn die Realschule. 178 Personen gaben bei dem Punkt Beschäftigung an, dass sie sich in einem Studium befinden, nur 25 absolvierten gerade eine Ausbildung (vgl. Grüne Jugend 2005). Diese Zahlen sprechen dafür, dass es sich bei der Grünen Jugend um eine sozial privilegierte Gruppe von jungen Menschen handelt. Auf die Bedeutung von sozioökonomischen Faktoren auf die politische Teilhabe wurde bereits im zweiten Kapitel dieser Arbeit eingegangen.

### Darstellung 3: Frauenanteil nach Landesverbänden der Grünen Jugend

Landesverband	Mitglieder gesamt	davon Frauen	Frauenanteil
Baden-Württemberg	444	181	40,77%
Bayern	1083	382	35,27%
Berlin	215	99	46,05%
Brandenburg	41	17	41,46%
Bremen	78	36	46,15%
Hamburg	213	77	36,15%
Hessen	981	411	41,90%
Mecklenburg-Vorpommern	68	26	38,24%
Niedersachsen	450	185	41,11%
Nordrhein-Westfalen	1854	750	40,45%
Rheinland-Pfalz	375	171	45,60%
Saarland	100	29	29,00%
Sachsen	125	45	36,00%
Sachsen-Anhalt	24	9	37,50%
Schleswig-Holstein	184	66	35,87%
Thüringen	62	20	32,26%
Bundesverband	567	229	40,39%
<b>Summe</b>	<b>6864</b>	<b>2733</b>	<b>39,82%</b>

Stand: Mai 2008. Quelle: Grüne Jugend 2008c.

Das wichtigste Organ des Bundesverbandes ist die Mitgliederversammlung (MV). Im Unterschied zu anderen politischen Jugendverbänden setzt sie sich nicht aus Delegierten, sondern aus allen anwesenden Mitgliedern zusammen. Die Mitgliederversammlung kommt zweimal im Jahr zusammen und legt mit Hilfe von Leitenträgern politische Grundlinien fest, bestimmt über den Haushalt und wählt den Vorstand.

Zwischen den Mitgliederversammlungen tritt mindestens viermal im Jahr der Bundesausschuss (BA) zusammen. Es ist das oberste beschlussfassende Gremium zwischen den Mitgliederversammlungen, bei dem je zwei Delegierte pro Landesverband, zwei Delegierte des Bildungsbeirats und einE VertreterIn von Campusgrün (grün-alternative Hochschulgruppe) vertreten sind. Der Bundesausschuss hat unter anderem die Aufgaben, die politische Arbeit der Grünen Jugend auszugestalten, eingebrachte Einträge zu beschließen, den Bundesvorstand zu beraten und zu kontrollieren, sowie die Zusammenarbeit zwischen Bundesvorstand und den Ländern zu koordinieren. Der Bundesvorstand (BuVo) führt die laufenden Geschäfte des Bundesverbandes und vertritt den Verband nach Außen

und zur Partei Bündnis 90/ Die Grünen. Dieses Gremium setzt sich aus zehn Mitgliedern zusammen: zwei gleichberechtigte SprecherInnen, darunter mindestens eine Frau, einem/ einer GeschäftsführerIn, einem/ einer SchatzmeisterIn und sechs weiteren Mitgliedern. Den geschäftsführenden Bundesvorstand bilden die SprecherInnen, die/ der politische GeschäftsführerIn und die/ der SchatzmeisterIn. Dabei müssen, wie auch im gesamten Bundesvorstand, mindestens zur Hälfte Frauen gewählt werden (vgl. Grüne Jugend 2007b, o. S.)

Auf der Mitgliederversammlung im Mai 2007 wurde einem Satzungsänderungsantrag des Bundesvorstands zugestimmt, demzufolge eines der sechs weiteren Mitglieder im Bundesvorstand zur/ zum genderpolitischen SprecherIn gewählt wird. Die gewählte Person ist für die Initiierung von frauen- und genderpolitischen Maßnahmen zuständig und muss auf jeder Mitgliederversammlung darüber Bericht erstatten (vgl. Grüne Jugend 2007a, o. S.). Dieser Posten wurde im November 2007 erstmalig gewählt.

Inhaltliche Arbeit leisten bundesweite Arbeitsgemeinschaften, die sich über Mailinglisten vernetzen und Seminare anbieten. Derzeit bestehen zehn Fachforen (FaFo) zu den Themen: Bildung, Demokratie und Recht, Drogen, Europa und Internationales, Gleichberechtigung, LesBiSchwules, Medien und Kultur, Ökologie, Wirtschaft und Soziales und neuerdings Mensch und Tier. In Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand koordinieren sechs VertreterInnen die europäische und internationale Arbeit der Grünen Jugend. Über die Mitgliederzeitschrift SPUNK und den digitalen WochenIGEL werden die Aktiven über aktuelle Themen und Veränderungen im Verband informiert (vgl. Grüne Jugend 2007b, o. S.)

In Bezug auf die gleichberechtigte Partizipation von Mädchen und Jungen innerhalb der Grünen Jugend, aber auch auf ihre emanzipatorische Grundhaltung und Programmatik haben die „Alt-Grünen“ einen entscheidenden Einfluss. Die Partei Bündnis 90/ Die Grünen ist 1993 aus der Fusion der westdeutschen Partei „Die Grünen“ (gegründet 1980) und der ostdeutschen Partei „Bündnis 90“ (gegründet 1991) entstanden. Die gemeinsamen und aktuellen Grundwerte der Partei sind Menschenrechte, Ökologie, Demokratie, soziale Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit und die

gesellschaftliche Gleichstellung von Frauen und Männern (vgl. Bündnis 90/ Die Grünen 2007, S. 6ff).

„Die Grünen“ waren ein Zusammenschluss von Gruppierungen aus den neuen sozialen Bewegungen der 1970er Jahre, wodurch die Themen Gleichberechtigung und Frauenförderung von Beginn an präsent waren. Die Frauenpolitik hatte zu Beginn einen stark radikalfeministischen Ansatz, der im Zuge der Etablierung der Partei zurückging, auch in der Angst bei den anderen Parteien in Verruf zu geraten. Der realpolitische Flügel konnte mit einem postfeministischen Ansatz, der sich für die Versöhnung der Geschlechter einsetzte, die Mehrheit der Partei, vor allem auch der Männer, hinter sich bringen. Die Ausrichtung der Gleichstellungspolitik war weitestgehend immer Konsens in der Partei. Die Abschaffung des patriarchalischen Geschlechterverhältnissen und der Frauenunterdrückung sollten über die Umgestaltung der Gesellschaften im privaten, öffentlichen, wirtschaftlichen und politischen Bereich erreicht werden (vgl. Brüssow 1996, S. 167).

Frauen- und genderpolitische Aspekte finden sich trotz variierender Auffassung innerhalb der Partei als ein wesentlicher Schwerpunkt in sämtlichen Wahlprogrammen und -kampagnen, sowie in den beiden bisher entwickelten Grundsatzprogrammen der Partei.

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz 1986 in Nürnberg wurde das bis heute gültige Frauenstatut beschlossen. Bereits ein Jahr zuvor war auf der Bundesfrauenkonferenz in Köln vorbereitend diskutiert und festgehalten worden, dass die bereits in der Satzung bestehenden Soll-Bestimmungen einen verpflichtenden Status erhalten sollen. „Ziel des Statuts war und ist es, den Frauenanteil bei den Amts und Mandatsträgerinnen in der Partei nachhaltig zu erhöhen und die Berücksichtigung frauenspezifischer Interessen zu gewährleisten“ (Bündnis 90/ Die Grünen 2006, o. S.). Seit 1995 ist das Frauenstatut Bestandteil der Satzung von Bündnis 90/ Die Grünen und nicht mehr nur als Anhang beigefügt (vgl. Hoecker 1995, S. 107).

Im Frauenstatut enthalten ist die Mindestquotierung, wonach alle ungeraden Plätze auf den Wahllisten mit Frauen zu besetzen sind. Mit dieser Regelung wird gewährleistet, dass Frauen mindestens 50 Prozent der Plätze innehaben.

Demzufolge werden Führungspositionen, Gremien und Präsidien grundsätzlich paritätisch besetzt. Einzige Ausnahme bildet die Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenpolitik. In der Satzung findet sich mit dem Konzept der Doppelspitze ein in Deutschland einmaliges Charakteristikum einer Partei. Es sieht zwei satzungsmäßig völlig gleichberechtigte Vorsitzende vor, wovon mindestens eine weiblich sein muss. Eine weibliche Doppelspitze ist möglich. In der Geschichte der Partei ist dies auf Bundesebene und in der Bundestagsfraktion jeweils einmal eingetreten.

Auch die Redelisten auf Versammlungen sind quotiert. Frauen und Männer reden abwechselnd, wobei die Versammlung entscheiden kann, ob die Debatte fortgesetzt werden soll, wenn die Redeliste der Frauen erschöpft ist (vgl. Bündnis 90/ Die Grünen 2007, S. 61ff und Bündnis 90/ Die Grünen 2006, o. S.).

Besonders schwierig umzusetzen waren die Einforderung eines Frauenvotums und das sich anschließende Vetorecht der Frauen. Dieses Instrument ermöglicht es, dass Frauen in einer exklusiven Abstimmung gegen eine Vorlage auf einer Versammlung abstimmen können. Bei einer weiblichen Mehrheit wird die Vorlage dann erst bei der darauf folgenden Versammlung erneut beraten (vgl. ebd.).

Innerparteiliche Strukturen wurden auch durch die Schaffung neuer Gremien verändert. Der Bundesfrauenrat führt die weiblichen Mitglieder des Bundesvorstands zusammen, um die Richtlinien für die Frauenpolitik der Partei festzulegen. Hinzugezogen werden je zwei bis vier weibliche Delegierte aus den Ländern (variiert nach der Mitgliederzahl), je zwei Delegierte aus der Bundestagsfraktion und aus den Bundesarbeitsgemeinschaften (BAG) Frauenpolitik und Lesbenpolitik. Die Bundesfrauenreferentin, die Landesfrauenreferentinnen sowie die Frauenreferentin der Bundestagsfraktion haben hierbei beratende Funktionen.

Die Bundesfrauenreferentin hat ihren Sitz in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Sie entwickelt Maßnahmen, die zur politischen und satzungsmäßig angestrebten Verbesserung der Situation von Frauen innerhalb der Partei und in der Gesellschaft beitragen.

Auf der einmal im Jahr stattfindenden Bundesfrauenkonferenz wird versucht, den Dialog zur Frauenöffentlichkeit herzustellen. Die Ergebnisse aus Diskussionen und Workshops werden öffentlich gemacht und fließen gleichzeitig wieder in die Parteiarbeit ein (vgl. ebd.).

Die Grüne Jugend hat diese Strukturen, auf ihren Verband abgestimmt, übernommen. Auch in ihrer Satzung findet sich die Quotierung der Ämter wieder, sowie das Frauenforum inklusive Vetorecht mit aufschiebender Wirkung. In der Geschäftsordnung für die Mitgliederversammlung ist verankert, dass die Diskussionsleitung ein Verfahren zu wählen hat, das Frauen die Hälfte der Redezeit gewährt, zum Beispiel mit Hilfe von getrennten Redelisten. Nicht in der Satzung festgelegt, aber kontinuierlich verwendet, ist die so genannte „genderte Sprache“. Satzung, Broschüren und die Mitgliederzeitschrift werden über die Nutzung des „Binnen-I“ so verfasst, das beide Geschlechter sprachlich eingeschlossen sind. Bei der Beschäftigung von Personen wird darauf geachtet, Stellen auf allen Qualifikationsebenen paritätisch zu besetzen. In Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, werden außerdem Bewerberinnen bevorzugt gegenüber Männern eingestellt, wenn sie über die gleichen Qualifikationen verfügen. Ein weiterer Ansatz ist die Berücksichtigung der Lebensbedingungen von Mitgliedern mit Kindern bei der Organisation von Veranstaltungen und Sitzungen. Um die Teilnahme an Prozessen der Grünen Jugend zu erleichtern, werden unter den gegebenen Umständen Kinderbetreuung oder Kinderprogramme organisiert. In Anhang A werden sämtliche Verankerungen in der Satzung, die mit dem Geschlecht zu tun haben, aufgezeigt (vgl. Grüne Jugend 2007b o. S. und Grüne Jugend 2007c o. S.).

## **6. Forschungsanlage**

In dem nun folgenden Kapitel werden zunächst die Ausgangslage und der Untersuchungsaufbau der qualitativen Untersuchung zur geschlechtsspezifischen Partizipation innerhalb der Grünen Jugend aufgezeigt. Danach werden die Ergebnisse der durchgeführten ExpertInneninterviews vorgestellt.

### **6.1 Ausgangslage und Vorannahmen**

Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit war die Ausschreibung einer zwischenzeitlich einberufenen Genderkommission der Grünen Jugend für eine praxisbezogene Abschlussarbeit. Mit dem Ziel, den Jugendverband

genderkompetenter zu machen, wurde unter anderem angeregt, diese Untersuchung über die geschlechtsspezifischen Unterschiede innerhalb des Partizipationsverhaltens im Verband auszuschreiben. Dabei sollte insbesondere hinterfragt werden, ob die jungen Frauen genau so viel Macht innehaben wie die jungen Männer.

Auftraggeber war also der Verband selbst, der den Willen hat, die Situation zugunsten der Geschlechtergerechtigkeit zu verändern. Während einer intensiven zehnmonatigen Zusammenarbeit wurden viele gemeinsame Ideen entwickelt und die Forschungsinhalte entsprechend angepasst. Als Außenstehende war es dabei besonders spannend zu beobachten, wie es um die Geschlechtergerechtigkeit bestellt ist, wenn ein Jugendverband Teilorganisation einer stark feministisch geprägten Partei ist.

Im Fokus der qualitativen Befragung stehen drei inhaltliche Schwerpunkte. Im ersten Themenbereich geht es um die Gleichberechtigung innerhalb der Grünen Jugend. Die InterviewpartnerInnen wurden zu ihrer Einschätzung gefragt, ob diese erreicht sei, oder ob es innerhalb des Verbandes noch geschlechtsspezifische Barrieren geben würde. Des Weiteren sollte erfragt werden, welche Strategien zu Gleichstellung und Frauenförderung ihnen bekannt seien und wie sie diese in ihrer Wirkkraft bewerten. Außerdem sollte in Erfahrung gebracht werden, ob der Verband mit seiner Gleichberechtigungspolitik ihrer Auffassung nach führend sei oder eher rückständig vorgehe. Meine Vorannahme zu diesem Themenkomplex ist, dass das Thema Gleichberechtigung für die jungen Menschen kein zentrales Thema ist, obwohl es in den Strukturen und in der Außenpräsenz stark eingebunden ist. Diese Gruppe von privilegierten Jugendlichen wird bisher kaum auf geschlechtsspezifische Barrieren gestoßen sein und wenn, hat sie diese individualisiert verarbeitet und ihre Belange selbstbewusst eingefordert. Durch die Quotierung wird es kaum geschlechtsübergreifende Konkurrenzsituationen geben. Jedoch wird davon ausgegangen, dass sie sehr wohl und sehr sensibilisiert die Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft wahrnehmen.

Im nächsten Themenbereich geht es um die Mitarbeitersformen innerhalb der Grünen Jugend. Durch die Quotierung sind in allen Gremien beide Geschlechter in den Entscheidungspositionen vertreten, doch wie unterschiedlich bringen sie sich ein?

Hier wird im Vorweg vermutet, dass zwar beide Geschlechter an der Macht partizipieren, sich die Jugendlichen aber stark an den gesellschaftlichen Stereotypen orientieren. Dadurch würden sich die jungen Männer gezielter Tätigkeiten und Aufgaben heraussuchen, die mit einer starken Präsenz und Anerkennung einhergehen, während die jungen Frauen sich eher idealistischen Zielen verschreiben und die Gemeinschaft im Verband in den Vordergrund stellen.

Im dritten Themenkomplex werden die InterviewteilnehmerInnen danach befragt, ob die auftretenden Unterschiede in der Partizipation an das Geschlecht gekoppelt sind. Gibt es unterschiedliche Einstellungen zur Macht, Verhaltensweisen in der Machtsicherung wie z.B. bei der Vernetzung und im Konkurrenzverhalten? Des Weiteren ist von Interesse, wie über eine machtvolle Stellung von frauen- und genderpolitischen Forderungen verhandelt wird. Gibt es derzeit einen Dialog und wie gestaltet er sich? Hier wird von einer sehr klassischen Argumentation ausgegangen, die Männern einen größeren Bezug zur Macht und einen strategisch geschickten Umgang mit Netzwerken und Konkurrenz zuspricht. Die gewünschte Umverteilung der Macht bleibt in der Kritik stecken, ohne einen Dialog untereinander zu führen.

Unabhängig von diesen drei Themenbereichen wird zum Ende des Interviews ein kurzer Abgleich zu den Ergebnissen aus Kapitel 2 hergestellt. Von Interesse ist, wie stark der Einfluss von soziökonomischen Faktoren tatsächlich auf die Partizipation der Jugendlichen ist und ob sich hier eine eindeutige Ausgangslage aufzeigen lässt.

## **6.2 Untersuchungsaufbau**

Um Informationen für die Beantwortung der Forschungsfragen zu erlangen, wurden zehn ExpertInneninterviews durchgeführt. Aufgrund dieser geringen Anzahl an Interviews haben die Ergebnisse dieser relativ kleinen Forschung einen rein explorativen Charakter und können keine statistisch gesicherten Aussagen treffen. Die Namen der InterviewpartnerInnen wurden für die Auswertung anonymisiert. Die Seitenangaben hinter den verwendeten Zitaten beziehen sich auf die Transkriptionen der Interviews, die sich im beigefügten Extraband zu dieser Arbeit befinden.

Mit den ExpertInneninterviews sollten Informationen über das Handlungsfeld der Mitglieder der Grünen Jugend erfragt werden. Darauf aufbauend können die Strukturen des Handlungsfeldes und das Handeln der Jugendlichen analysiert werden. Als ExpertIn wird nach Meuser und Nagel bezeichnet: „wer in irgendeiner Weise Verantwortung trägt für den Entwurf, die Implementierung oder die Kontrolle einer Problemlösung oder [...] über einen privilegierten Zugang zu Informationen über Personengruppen oder Entscheidungsprozesse verfügt“ (Meuser/ Nagel 2005, S. 73).

Die von mir ausgewählte Gruppe hat die Gemeinsamkeit, dass alle Personen durch ihr Engagement innerhalb der Grünen Jugend aufgefallen sind. Alle können eindeutig Erfahrungs- und Betriebswissen über den Jugendverband bereitstellen. Drei der fünf befragten jungen Frauen waren oder sind im Bundesvorstand aktiv. Die anderen zwei haben in ihrem Bundesland den Landesvorsitz innegehabt. Von den fünf jungen Männern, waren bereits vier im Bundesvorstand. Der fünfte steht als einzige Person in der Untersuchungsgruppe noch relativ am Anfang seines Engagements.

Besonderen Wert wurde darauf gelegt, dass Personen aus unterschiedlichen Jahrgängen befragt wurden. Dadurch kann nicht nur die aktuelle Situation in der Grünen Jugend aufgezeigt werden, sondern auch zurückliegende Gegebenheiten angesprochen werden. Zwei der befragten Personen sind derzeit im Bundesvorstand der Grünen Jugend, drei sind aktive Mitglieder der Grünen Jugend, wobei eine Person auch in der Partei Bündnis 90/ Die Grünen aktiv ist. Drei Personen sind auf unterschiedlichen Ebenen (Bundestag, Bundesvorstand, Abgeordnetenhaus zu Berlin) BerufspolitikerInnen geworden. Eine Person ist bei der Bündnis 90/ Die Grünen aktiv, jedoch nicht hauptberuflich, und eine Person ist Mitglied der Partei, aber ohne Zuständigkeiten.

Die Interviews wurden im Zeitraum 28.10.2007 bis 29.11.2007 durchgeführt. Neun der zehn Interviews wurden nach dem 29. Bundeskongress der Grünen Jugend vom 02.- 04.11.07 in Würzburg durchgeführt, bei dem zum ersten Mal ein Frauenforum (s. Kapitel 5) einberufen wurde. Dieses Ereignis hat den Gesprächsverlauf der Interviews sehr stark geprägt.

Fünf Interviews wurden in der Bundesgeschäftsstelle in Berlin umgesetzt. Drei davon im Raum des Bundesvorstands und zwei in meinem Büro. Die Interviews mit den vier berufstätigen Personen haben an ihrem Arbeitsplatz stattgefunden. Ein Interview

wurde im Privathaushalt der interviewten Person durchgeführt. Bei einem Interview war ein Kleinkind anwesend, bei einem anderen eine Mitarbeiterin der befragten Person.

Bei einem Interview hat es technische Schwierigkeiten mit dem Aufnahmegerät gegeben, so dass es nicht aufgezeichnet werden konnte. Spontan wurden ersatzweise die wesentlichen Aussagen per Hand mitgeschrieben. Das angefügte Gedächtnisprotokoll wurde von der interviewten Person als wahrheitsgemäß angenommen. Dieses Interview kann nur begrenzt in die Auswertung einfließen und wird entsprechend gekennzeichnet. Alle Transkriptionen wurden den Personen vorgelegt und der Veröffentlichung mit Einschränkungen zugestimmt.

Die Auswertung der Praxisrecherche erfolgt in Anlehnung an die von Meuser und Nagel aufgezeigte interpretative Auswertungsstrategie für leitfadenorientierte ExpertInneninterviews. Diese orientiert sich nicht an der Sequenzialität von Äußerungen im Interview, sondern an thematischen Einheiten. Die Aussagen der ExpertInnen werden im Kontext ihrer institutionell-organisatorischen Handlungsbedingung verortet und erhalten darin ihre Bedeutung. Die Auswertung zielt darauf ab, gemeinsames herauszuarbeiten und charakteristische Aussagen zu treffen (vgl. Meuser/Nagel 2005, S. 80f).

Begonnen wurde die Auswertung mit der Transkription der aufgenommenen Interviews. Anschließend wurden Paraphrasen in der Chronologie des Gesprächsverlaufs gebildet. Hierbei wurden Gesprächsinhalte der Reihe nach wiedergeben, um darzulegen, was insgesamt geäußert wurde. Nach diesem ersten Schritt des Verdichtens des Textmaterials ging die Auswertung über das einzelne Interview hinaus, indem ein thematischer Vergleich zwischen den Interviews gezogen wurde. Themen wurden zusammenfügt und unter Überschriften vereinheitlicht, so dass Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgestellt werden konnten (vgl. ebd., S.83ff).

Das empirische Datenmaterial befindet sich in dem zur Arbeit gehörigen Extraband.

## **6.3 Darstellung der Ergebnisse**

Im Folgenden werden die Ergebnisse der qualitativen Erhebung in Anlehnung an die Themenblöcke des Interviewleitfadens vorgestellt. Im ersten Abschnitt werden die Grundhaltung zum Thema Gleichberechtigung, Barrieren zur Geschlechtergerechtigkeit und Maßnahmen zur Förderung von Gleichstellung dargestellt. Im zweiten Block geht es um die Mitarbeitersformen im Jugendverband und die geschlechtsspezifische Nutzung dieser Partizipationsangebote. Anschließend wird aufgezeigt, inwieweit die Befragten die Unterschiede in der Beteiligung auf das Geschlecht der Akteure zurückführen und welche anderen Erklärungen sie gegebenenfalls für die Unterschiede in der Beteiligung liefern. Abschließend werden Eindrücke geschildert, die nicht genau in diese Einordnung fallen.

### **6.3.1 Gleichberechtigung in der Grünen Jugend**

Die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern ist ein zentrales Anliegen der Grünen Jugend. Alle Befragten erkennen diese Forderung als einen zentralen Grundwert des Jugendverbands an. Schwierigkeiten bei der Erfüllung des Gleichberechtigungsanspruchs werden in der Gesellschaft verortet. Es besteht eine Diskrepanz zwischen den Forderungen in der Satzung der Grünen Jugend und den realen Gegebenheiten. Die Akteure sehen sich diesbezüglich als fortschrittlich und richtungweisend, sind sich mitunter aber auch ihrer begrenzten Möglichkeiten als kleiner Jugendverband bewusst. Bei einer größeren Gruppe der neuen, vor allem männlichen Mitglieder ist die Bedeutung des Themas Gleichberechtigung vorerst nicht so stark ausgeprägt, die Anerkennung wird im Verlauf der Mitgliedschaft jedoch vom Verband eingefordert. Die Gleichberechtigungsthematik wird z. T. in Bezug auf defizitäre Aspekte diskutiert, wie zum Beispiel den Mangel an weiblichen Mitgliedern und deren zurückhaltendes Verhalten.

Die Quote wird von allen Befragten positiv bewertet. Es ist nach Ansicht der Interviewten eine notwendige Maßnahme zur Frauenförderung, die sehr gut funktioniert und proaktives Handeln innerhalb des Verbands anregt. Als Schwierigkeit wird eine Ämterhäufung bei weiblichen Neumitgliedern angegeben, welche zum

einen zu einer starken Fluktuation bei den jungen Frauen führt und zum anderen die Mädchen, aufgrund der vielen koordinierenden Funktionen und der dafür verwendeten Zeit, von der fachlichen Auseinandersetzung abhält. Kritisiert wird auf der anderen Seite aber auch, dass z. T. nicht erkannt wird, wie viele Aufgaben die Mädchen wirklich bewältigen. Dabei werden als Problem nicht die Maßnahme selbst, sondern die Personen benannt, die die Mädchen so schnell in die Pflicht nehmen.

Folgendes Zitat spiegelt ein häufig angetroffenes Meinungsbild wider:

„Also für mich ist die Wahrnehmung, dass im Normalfall die Quote dazu führt, dass man sich um Frauen bemüht, dass sie die Chance öffnet für gute Frauen auch dann zu kandidieren und dass das im Normalfall ganz gut funktioniert. Und man sieht ja auch sozusagen im Vergleich zu anderen Verbänden, die keine Quote haben, dass das sofort mit der Frauen-Repräsentanz drastisch abnimmt.“ (S. 241).

Die Bewertung der Quotenregelung durch die Gesellschaft fällt nach Ansicht der Befragten eher negativ aus. Auch bei Neumitgliedern sei nicht immer eine positive Haltung zum Instrument gegeben. Es entstehen wiederkehrende Diskussionen über Sinn und Zweck der Quote, jedoch würden sich die Gegner im Laufe der Diskussionen mit der Unabänderlichkeit abfinden müssen. Die Jungen im Verband fühlen sich z. T. durch diese Maßnahme benachteiligt.

In Bezug auf das Mentoring-Konzept besteht ein Spannungsverhältnis zwischen großer Erwünschtheit und wenig nachhaltigen Erfolgen. Nach Angaben der Befragten sei der Kontakt zu Vorbildern sehr ermutigend für das eigene Engagement und sehr gewinnbringend für den Austausch zwischen Jugendverband und Partei. Jedoch ist das Gelingen oft vom Engagement einzelner Personen abhängig und erfährt zeitweise wenig Beachtung von potentiellen Verantwortlichen.

Die Konkurrenzsituation unter Frauen wird als ein möglicher Grund für das Scheitern des Mentoring-Programms benannt. Eine interviewte Person schlägt daher vor, eine Generation von Frauen dabei zu überspringen, so dass sich das Verhältnis der Beteiligten untereinander entspannen kann und es zu keiner direkten Konkurrenzsituation kommt.

Mentoring-Programme laufen überwiegend auf Länderebene. Der Versuch, ein Bundesvorstands-Mentoring-Programm in Vorbereitung auf die Neuwahlen zu

initiieren, ist im Jahr 2007 gescheitert. Die Mitarbeit an Mentoring-Programmen wird auch von Jungen gewünscht, häufig sind die Programme nur auf weibliche Teilnehmer ausgerichtet.

Die weiteren Strategien und Maßnahmen zur Frauenförderung und Gleichstellung werden deutlich weniger häufig benannt und weniger erfolgreich bewertet. Das Frauenforum, einmalig einberufen beim Bundeskongress im November 2007, hat zu großen Irritationen im Verband geführt. Vielen Mitgliedern war dieses Instrument zuvor nicht bekannt. Da vor der Einberufung des Forums keine erklärenden Worte gefallen sind, hat es daraufhin viele negative Reaktionen gegeben. Von den Befragten wird das Frauenforum auch positiv bewertet, es kann ihrer Einschätzung nach aber nur wenig zu einem Durchbruch in der Gleichberechtigungsdebatte beitragen.

Die zwischenzeitlich einberufene Genderkommission konnte keine bleibenden Erfolge erzielen. Dementsprechend ist bisher keine positive Erwartungshaltung gegenüber der neuen Frauenkommission entstanden.

Die Frauenversammlung/ Frauenkonferenz wird als geschützter Raum zum Austausch und zur Vernetzung für die jungen Frauen wahrgenommen und an sich positiv bewertet. Auch das einmalig parallel laufende Gender-Treffen wird als Raum für notwendige thematische Diskussionen betrachtet. Bisher hat sich dieses Instrument noch nicht fest etabliert.

Die Barrieren für Frauen werden auf vielfältige Weise beschrieben. Zum einen werden sie auf gesellschaftliche Ursachen zurückgeführt, zum anderen zeigen sich sehr verbandspezifische Hindernisse. Zur Verantwortung wird u. a. die Partei herangezogen. Die Funktionsträger der Partei suchen nach Aussage der Befragten eher den Kontakt zu den männlichen Akteuren der Grünen Jugend. Daneben besteht die Kritik, dass erfolgreiche Frauen, die in ihrer Grünen-Jugend-Zeit aktiv für Frauenrechte gekämpft haben, nun vergessen hätten, sich um den weiblichen Nachwuchs zu kümmern.

Weitere Barrieren finden sich in den Strukturen der Grünen Jugend. Die Interviewten nennen diesbezüglich das hohe Niveau der Organisation und der Debattenkultur.

Das Statement der im Folgenden zitierten Person zeigt auf, dass die Partizipation auf Bundesebenen mit einem hohen Arbeitsaufwand verbunden ist:

„Ich glaube mein Problem ist, dass der Leitantrag (.) Das ist ja, da wird immer versucht in Thema, was das Thema des Kongresses ist, umfassend abzudecken, um genau zu sagen, wie steht die Grüne Jugend zu diesem Themenkomplex. Und ich glaube, das ist eigentlich ein bisschen zu groß. Also zum einen für die Mitglieder selber, weil äh man liest diesen Änderungs- äh man liest diesen Leitantrag und man kann sich ja nicht in allen Thematiken auskennen. Natürlich kann man darauf hoffen, dass die Leute, die in bestimmten Thematiken spezialisiert sind, dazu arbeiten und die anderen Leute das halt auch teilweise mit übernehmen, weil man hat ja nun mal die gleiche Grundeinstellung. Aber trotzdem ist das glaub ich ähm also merkt man halt schon also es gibt viele Leute, die nicht den gesamten Leitantrag gelesen haben.“ (S. 131).

Mädchen und Jungen zeigen aus Sicht der Befragten Unterschiede im Debattenverhalten. Mädchen würden sich demnach weniger zutrauen und nur ans Mikrofon gehen, wenn sie sich ihrer Argumentation ganz sicher sind. Jungen hätten hier weniger Ängste und würden unabhängig vom Informationsgehalt eher die Redezeit überziehen. Weibliche Mitglieder sind in ihrer aktiven Phase häufig jünger als die Jungen, die durch ihr bereits angelaufenes Studium einen Argumentationsvorsprung haben.

Des Weiteren wird der Umgang von Mädchen mit dem Computer als Barriere thematisiert. Uneinig sind sich die Befragten, ob es am Know-how oder an der Lust liegt, dass Mädchen sich weniger bei Aktivitäten, die die Nutzung des Computers voraussetzen, beteiligen. Es wird jedoch auch betont, dass Mädchen den Vorsprung der Jungen im Umgang mit Computern deutlich aufgeholt haben.

Die Befragten stellen fest, dass sich die Jungen der Grünen Jugend in informellen Strukturen besser zurecht finden. Der Zusammenschluss in (männlichen) Netzwerken wird als einflussreich bezeichnet, da die Setzung der Themen oftmals aus diesem informellen Gremium hervorgeht.

Nach Meinung der Interviewten hat die Satzung der Grünen Jugend das Maximum an Möglichkeiten, um Barrieren zu verhindern, ausgeschöpft. Weitere Änderungen der Strukturen werden von den Akteuren nicht nur positiv gesehen, sondern auch mit der Angst, Einfluss in Kontakt zu Dritten zu verlieren, in Verbindung gebracht.

### 6.3.2 Mitarbeitersformen in der Grünen Jugend

Innerhalb der Fachforen lassen sich nach Aussage der Befragten zwei Foren ausmachen, in denen ein Geschlecht überwiegend präsent ist. Im Fachforum Gleichberechtigung würden ausschließlich weibliche und im Fachforum Wirtschaft und Soziales überwiegend männliche Akteure mitwirken. Bei den weiteren Fachforen variiert die Einschätzung über die geschlechtsspezifische Partizipation. Insgesamt wird festgehalten, dass sich ein eindeutiger Wandel abgezeichnet hat, wodurch die fachliche Beteiligung von Frauen stark angestiegen ist. Dies wird auch darauf zurückgeführt, dass die Fachforen eine Reform erlebt haben, die dazu geführt hat, dass sie durch die Ernennung von Koordinatoren/Koordinatorinnen strukturierter und transparenter geworden sind. In Bezug auf die Teilnahme an Seminaren und an der Diskussion auf den Mailinglisten stellen alle Befragten fest, dass die Jungen deutlich stärker vertreten sind. Bei der Diskussion auf den Mailinglisten wird die Beteiligung von Jungen teilweise sogar als „spamartig“ bezeichnet. Der machtpolitische Einfluss dieser Partizipationsform ist umstritten und wird mehrheitlich eher als unbedeutend eingestuft.

Die weibliche Beteiligung beim Bundeskongress hat sich erhöht. Frauen sind von der Anzahl her in der Minderheit, bringen sich aber vermehrt ein. Das Präsidium achtet auf eine quotierte Redeliste und beendet die Debatten, wenn die weiblichen Mitglieder nichts mehr zum Thema zu sagen haben. Die Durchsetzung dieser Regelung ist angestiegen. Bei der Wahl des Leitthemas für den Kongress werden geschlechtsspezifische Aspekte explizit mitbedacht.

Bei der Besetzung der Doppelspitze hat es in der Vergangenheit sehr unterschiedliche Zusammensetzungen gegeben. Es wird von einer Periode starker Sprecherinnen berichtet, die dann von einer Periode starker Sprecher abgelöst wurde. Somit wurde die Doppelspitze genau genommen ab absurdum geführt, da sich eine Person aus der Doppelspitze immer besonders hervorgetan hat. Nach Einschätzung aller Befragten, ist das derzeitige Sprecherpaar das erste, welches egalitär aufgestellt ist. Dies hat eine große Wirkung innerhalb des Jugendverbands.

Die Doppelspitze wird insgesamt als eine große Herausforderung wahrgenommen. Beide Akteure haben den Willen, Aufgaben zu übernehmen, so dass es mitunter zu Kompetenzgerangel kommt.

Von den Befragten wurde mehrfach angeregt, den neuen Mitgliedern im Bundesvorstand in der Einstiegsphase Unterstützung anzubieten, damit Themen gefunden und Informationslücken geschlossen werden können.

Das Debattenverhalten wird an dieser Stelle erneut aufgerollt. Die Interviewten berichten über die wahrgenommenen Probleme der weiblichen Mitglieder in der Debattendiskussion. Sie haben mehr Probleme, vor vielen Leuten zu sprechen und sind kritischer in ihrer Selbsteinschätzung. Diese Lage wird von den Interviewten mit Verständnis anerkannt und eher positiv bewertet. Männliches Redeverhalten, das durch eine starke Selbstdarstellung, die Überschreitung der Redezeit und z. T. eher weniger fundierte Aussagen geprägt ist, wird kritischer gesehen. Es ist nach Ansicht der Befragten notwendig, dass sich die Jungen mit ihrem Verhalten auseinandersetzen und nicht davon ausgehen, dass ihr Verhalten das Maß der Dinge ist.

Als Gegenvorschlag zur Plenumsdiskussionen werden Workshops benannt, die bereits bei Bundeskongressen durchgeführt werden. Letztlich werden sie aber als Ergänzung und nicht als Alternative angesehen.

Diskussionen untereinander führen nicht nur zu fachlichen Auseinandersetzungen, sondern auch zu persönlichen. Dies sei bei Mädchen ungleich stärker gewichtet, so dass für Jungen Barrieren im Umgang mit Mädchen entstehen, wenn sie diese nicht als Freundin verlieren wollen. Unter Jungen können diese beiden Bereiche besser getrennt werden.

Die Befragten formulieren ein mannigfaches Kompetenzprofil für eine erfolgreiche Partizipation im Jugendverband. Zusammengefasst stellt sich das Profil folgendermaßen zusammen: Durchsetzungsvermögen, Kommunikationsvermögen, äußere Darstellung, inhaltlich fundierte Arbeit, Analysefähigkeit, Fähigkeit zum strategischen Denken, Disziplin, Kontinuität, Niederlagen einstecken können, Bereitschaft, sich in Themen einzuarbeiten und Geschick beim Networking. Dieses Profil hat eine eindeutig professionelle Orientierung und grenzt sich damit stark von

anderen Jugendverbänden ab, bei denen Freizeitgestaltung und Spaß im Mittelpunkt stehen.

Qualifizierungsangebote werden von der Grünen Jugend überwiegend auf Länderebene angeboten. Auf Bundesebene finden sich die fachlichen Angebote. Ein besonderes Angebot für den Bundesvorstand gibt es nicht. Qualifizierungsseminare sind sehr beliebt und gewünscht und wurden in Zusammenarbeit mit der Partei und der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführt.

### **6.3.3 Bedeutung des Geschlechts für die politische Partizipation**

In Bezug auf Machtambitionen wird ein deutlich ungleiches Verhalten wahrgenommen. Abgesehen davon, dass der Begriff Macht in der Grünen Jugend lange Jahre negativ besetzt war, haben sich die Jungen nach Ansicht der Befragten schon immer deutlich stärker um Macht und Anerkennung bemüht. Kampfkandidaturen gab es überwiegend, wenn auch selten, unter Männern. Frauen einigen sich bereits vor der Wahl, wer den Posten übernehmen wird und kandidieren in Ausnahmen sogar eher auf einen offenen Platz als in Konkurrenz zu den anderen Frauen.

Auch wenn erst einmal ein geringeres Bestreben nach Macht erkannt wird, haben Frauen bei der Partei durchaus mehr Chancen in Machtpositionen aufzusteigen. Dies wird von den Interviewten darauf zurückgeführt, dass es sich quantitativ nur um eine relativ kleine Gruppe von Frauen handelt, die dann aber ohne viele Barrieren aufsteigen können. Männer haben demnach einen größeren Machtanspruch, den sie in der Grünen Jugend auch umsetzen können, geraten beim Aufstieg in Parteigremien aber eher an Grenzen als die aufstiegswilligen Mädchen.

Insgesamt bewerten die Befragten den Willen zur Macht bei beiden Geschlechtern gleich, mit der Einschränkung, dass Mädchen durch normative Einschränkungen eher gehindert werden, diesen durchzusetzen.

Ein großer Anteil der Befragten sieht eine Annäherung im Verhalten der Geschlechter:

„Ich finde das immer so blöd, wenn man sagt irgendwie, Männer wollen mehr Macht haben als Frauen, weil ich nicht glaube, dass das so ist. Also so pauschal. [...] Ja, also nee, also ich glaub schon, also dass sich das geändert hat und dass Frauen auch genauso viel Macht haben wollen wie Männer, nur dass es dann an der Durchsetzung dann manchmal hapert, oder oft.“ (S. 111f).

Auch im Bereich Konkurrenzverhalten zeigen sich geschlechtsspezifische Unterschiede. Konkurrenz wird von den Befragten insgesamt mit einer geringen Bedeutung im Jugendverband bewertet, was aber auch darin begründet liegt, dass nicht offen über Konkurrenz gesprochen wird. Nach Aussage der Befragten ist der verdeckte Umgang mit Konkurrenz ein Grund für den mangelnden Zusammenschluss von Frauen in Netzwerken.

Im folgenden Zitat wird versucht, die Unterschiede im Konkurrenzverhalten zu ergründen:

„Ich glaube, das hat wirklich was damit zu tun, dass wir, dass wir Frauen in dem Fall, wir Frauen gemeint, nicht gut mit Konkurrenzen umgehen können. Ich glaube, die Jungs können anders damit umgehen. Ich weiß nicht, ob das besser ist, die akzeptieren aber erst mal ein Stück weit, sowohl ne bestehende Hackordnung, wie sie halt eben ist, solange man sie nicht verändern kann und überhaupt annehmen, dass es eine gibt und wir Frauen wollen halt immer nur vernetzt, aber nicht irgendwie mit geklärten Statuten untereinander rumlaufen.“ (S. 276).

Männer würden sich in ihren kleinen Netzwerken über Konkurrenz zu Dritten austauschen. Mädchen würden Konkurrenz weniger offen leben, da diese auch immer in Verbindung mit persönlichen Anfeindungen stehen würde. Als ein weiterer möglicher Grund wird aufgeführt, dass Frauen mitunter ihren gesellschaftlichen Status als eine der wenigen erfolgreichen Frauen beibehalten wollen. Um Konkurrenz zu vermeiden, wird infolgedessen keine Vernetzungen angestrebt.

Als prägnanter Faktor für die mangelnde Vernetzung von Frauen ist bereits die verdeckte Konkurrenz hervorgegangen. Frauen knüpfen laut Erfahrung der Befragten Netzwerke aufgrund von Sympathie und nicht aufgrund der „Verwertbarkeit“. Frauen wollen demnach die Bindungen zu anderen Frauen nicht ausnutzen. Des Weiteren

haben Frauen vermehrt Schwierigkeiten mit einer Hierarchiebildung innerhalb der Netzwerke und wollen stattdessen lieber auf Augenhöhe agieren.

Die folgende Aussage belegt diese Feststellung:

„Ich glaube, das ist ein Punkt, dass Frauen eher ein Problem damit haben Netzwerke abgetrennt von Sympathie und Emotionen zu sehen. Ich denke das ist ein Punkt. Und ich glaube, dass auch Frauen eher ein Problem haben mit so einem Hierarchiedenken.“ (S. 61).

Frauen vernetzen sich eher mit Männern, da sie zu den männlichen Akteuren nicht in direkter Konkurrenz stehen. Für etablierte Frauen ist dieser Zusammenschluss Erfolg versprechend, da männliche Netzwerke einen starken Einfluss auf innerparteiliche Machtverhältnisse haben.

Einige der Befragten habe sich bereits mit dem Thema weibliche Vernetzung auseinandergesetzt, es aufgrund von Zeit oder Ideenmangel aber nicht in ein Projekt umsetzen können. Netzwerken kommt in der Politik eine große Bedeutung zu, so dass sich die Befragten dafür aussprechen, dass sich an diesem Missverhältnis etwas ändern muss.

Beim Dialog über geschlechtsbezogene Themen gibt es mehrere Barrieren. Es wird ein mangelnder Austausch beklagt, der sich zum einen häufig allein zum Thema Quote entwickeln würde und zum anderen starke emotionale Anteile habe. Die wiederkehrende Quotendiskussion wird von den erfahrenen Mitgliedern als lästig empfunden, weil für sie die Beibehaltung der Quote unabdingbar ist. Neue Mitglieder beider Geschlechter würden die Diskussion aber regelmäßig neu entfachen. Bei anderen Themen wie zum Beispiel Feminismus und Genderpolitik würde hingegen selten eine differenzierte Auseinandersetzung stattfinden. Die eingebrachten Argumentationen sind stark an die Person gebunden und wirken polarisierend. Fachliche Diskurse werden im Fachforum Gleichberechtigung vermutet, jedoch findet kein Austausch zu den hieraus hervorgehenden Ergebnissen statt.

Männer regieren im Allgemeinen eher zustimmend auf die Forderungen im Bereich der Gleichstellung. Mit dieser Haltung wollen sie potentiellen Konflikten mit den Mädchen aus dem Weg gehen. Ein Großteil der Jungen stimmt der Grundhaltung im

Verband generell auch zu, er engagiert sich aber nicht aus eigenem Antrieb an der Diskussion. In der Grünen Jugend herrscht ein Konsens über den Willen zur Gleichberechtigung, fast eine Art Konformitätsdruck, der den Akteuren bewusst ist und sie von ihren Anstrengungen zur Gegenargumentation entsprechend abhält.

Es zeigt sich daneben eine Distanzierung von jungen weiblichen Mitgliedern gegenüber traditionellen, frauenpolitischen Ansätzen. Die Mädchen wollen sich zwar für gute Strukturen und Gleichheit einsetzen, aber nicht unter dem Titel Frauenförderung oder Feminismus. Sie sehen sich nicht in einer benachteiligten Position und distanzieren sich aus diesem Grund.

Das Thema Gleichberechtigung wird derzeit nicht stark diskutiert. Es ist auf der männlichen Seite der Eindruck entstanden, dass die Frauen keine Partner zum Erreichen ihres Ziels suchen, sondern sie ausschließlich mit Ansprüchen konfrontieren. Es gibt aber durchaus männliche Akteure, die die Bereitschaft zeigen, in die Verhandlung über neue Geschlechterverhältnisse einzusteigen.

Dieser Auszug beschreibt eine männliche Barriere im Geschlechterdialog. Der Dialog wurde von Seiten der Mädchen gestoppt, als Gegenvorschläge aufgeführt wurden:

„Kritik muss aber möglich sein, da ich kein Gegner dieser Frauen sein will, aber schon irgendwie die Möglichkeit bekommen möchte, da was zu sagen.“ (S. 86)

Eine Offenheit zum Thema Gender wird von den Befragten im Vergleich zur Partei festgestellt. Die erfahrenen Politikerinnen würden durch Genderpolitik eher eine Bedrohung sehen, die ihr Frauenressort einschränkt. Innerhalb der Grünen Jugend ist die Differenzierung zwischen Frauen- und Genderpolitik nicht eindeutig und bedarf einer fachlichen Aufbereitung

### **6.3.4 Überprüfung der Vorannahmen**

Abschließend werden nun die Vorannahmen zu den Themenblöcken der Untersuchung überprüft.

Die Vorannahmen für den Themenblock Gleichberechtigung lauten:

Das Thema Gleichberechtigung ist für die Akteure der Grünen Jugend kein zentrales Thema, obwohl es in den Strukturen und in der Außenpräsenz stark eingebunden ist. Diese Gruppe von privilegierten Jugendlichen wird bisher kaum auf geschlechtsspezifische Barrieren gestoßen sein und wenn, hat sie diese individualisiert verarbeitet und ihre Belange selbstbewusst eingefordert. Durch die Quotierung wird es kaum geschlechtsübergreifende Konkurrenzsituationen geben. Jedoch wird davon ausgegangen, dass sie sehr wohl und sehr sensibilisiert die Ungleichheiten innerhalb der Gesellschaft wahrnehmen.

Die Untersuchungsgruppe zeigt eine sehr starke Kompetenz für das Thema Gleichberechtigung auf. Die Befragten haben Kenntnisse über unterschiedliche Forschungszweige und benutzen spezifische Fachbegriffe in ihrer Argumentation. Sie gehen aber davon aus, dass innerhalb des Verbandes der Informationsstand sehr unterschiedlich ist und einigen Akteuren die Unterschiede und Abgrenzungen in diesem Themenbereich nicht bekannt sind. So ergibt sich eine Zusammensetzung von Jugendlichen, die das Thema als sehr wichtig betrachten und sich daher einen Kenntnisstand erarbeiten und einer überwiegend jüngeren Gruppe, die die Ungleichheiten in der Gesellschaft zum Teil wahrnimmt, aber sich selbst emanzipiert und befähigt sieht, diese Grenzen zu überwinden. Frauenpolitische Forderungen, u.a. die Quote, sind aus dieser Perspektive nicht mehr von Bedeutung.

Konkurrenzverhalten hat sich als eine zentrale Barriere für die Partizipation und Vernetzung im Jugendverband herausgestellt. Der Umgang mit Konkurrenz ist innerhalb der Grünen Jugend eher verborgen. Insbesondere die Mädchen zeigen im Konkurrenzverhalten eine deutliche Distanz zum offenen Austragen von Konflikten. Die gemachte Vorannahme kann nicht eindeutig beantwortet werden, da sich starke Unterscheidungen im Empfinden und Handeln der Akteure gezeigt haben.

Die Vorannahmen für den Themenblock Mitarbeit lautete:

Es wird vermutet, dass zwar beide Geschlechter an der Macht partizipieren, sich die Jugendlichen aber stark an den gesellschaftlichen Stereotypen orientieren. Dadurch würden sich die jungen Männer gezielter Tätigkeiten und Aufgaben heraussuchen, die mit einer starken Präsenz und Anerkennung einhergehen, während die jungen Frauen sich eher idealistischen Zielen verschreiben und die Gemeinschaft im Verband in den Vordergrund stellen.

Auch die Beantwortung der zweiten Vorannahme ist nicht so leicht, wie zuvor vermutet. Es zeigt sich ein ständiger Wechsel zwischen stereotypem Verhalten und neuen Modellen. Der Jugendverband liefert offensichtlich die Möglichkeit, sich im Kontext von Idealismus und Machtbestrebungen auszuprobieren. Es zeigt sich jedoch, dass die Mädchen stärker die frauenspezifischen Zuschreibungen aufbrechen und zu einer anderen Wahrnehmung im Verband beitragen. Typisch männliches Verhalten wird von den Befragten viel eindeutiger ausgemacht. Eine Besonderheit stellt die aktuelle Doppelspitze der Grünen Jugend dar, die erstmalig als eine egalitärer Spitze wahrgenommen wird.

Die Vorannahmen für den Themenblock Bedeutung des Geschlechts für die politische Partizipation lautete:

Es wird von einer sehr klassischen Argumentation ausgegangen, die Männern einen größeren Bezug zur Macht und einen strategisch geschickten Umgang mit Netzwerken und Konkurrenz zuspricht. Die gewünschte Umverteilung der Macht bleibt in der Kritik stecken, ohne einen Dialog untereinander zu führen.

Die Befragten erkennen stereotype Prägungen im Verhalten der Mitglieder der Grünen Jugend, verweisen in ihrer Argumentation aber eindeutig darauf, dass diese Zuweisungen gesellschaftlich konstruiert sind. Die jugendlichen Akteure brechen mit traditionellen Stereotypen und erproben neue Geschlechterrollen, die in der Umsetzung aber noch nicht immer erfolgreich und ohne Schwierigkeiten verlaufen. Deutlich bestätigt wird die Annahme, dass der Dialog über Umverteilung von Macht und Veränderung gesellschaftlicher Bedingungen nicht im gesamten Verband geführt wird. Das Thema wird durchweg als wichtig erachtet, jedoch gehen gerade die neuen, jungen Mitglieder von positiveren Grundvoraussetzungen aus, als diejenigen,

die bereits Erfahrungen mit geschlechtsspezifischen Barrieren gemacht und sich fachlich mit dem Thema auseinander gesetzt haben. Insbesondere aber der Dialog zwischen den Geschlechtern ist zu diesem Thema nicht vorhanden. Es bedarf eines neuen Anstoßes der Debatte, der eine grundlegende Klärung der unterschiedlichen Ansätze vorausgehen muss, um gemeinsam neue Ziele zu formulieren.

### **6.3.5 Abschließende Bemerkungen**

Die Abfrage zur sozioökonomischen Ausgangslage der Akteure der Grünen Jugend kann aufgrund ihrer Form nicht empirisch ausgewertet werden. Trotzdem unterstreicht sie die Bedeutung der sozioökonomischen Faktoren für die politische Partizipation von Jugendlichen. Die Befragten berichten überwiegend von einem Elternhaus, in dem über Politik gesprochen und die aktiv betrieben wurde. Sie verfügen über eine gute Schulbildung und haben Anregungen für politische Aktivitäten aus der Arbeit in schulischen Selbstverwaltungsgremien und in der Schülerzeitung gewonnen.

Es hat sich auch gezeigt, dass eine große Gruppe der Jugendlichen zu Beginn ihrer Mitgliedschaft nicht über den Status als Mitglied hinaus partizipieren wollte. Der Wille zum Engagement ist nicht automatisch an Macht- und Führungsbestrebungen gekoppelt. Dazu fehlt zu Beginn des Engagements auch oft die Kenntnis über die damit verbundenen Aufgaben und das Selbstbewusstsein, eine entsprechende Position für sich einzufordern. Der Jugendverband kann als Ort der politischen Sozialisation verstanden werden, der über die Schaffung anregender Rahmenbedingungen die Partizipation von Jugendlichen fördert.

Abschließend soll neben der Diskussion über Macht, Konkurrenz und Kompetenzen nicht aus dem Blick geverloren werden, dass es sich um ein ehrenamtliches Engagement der Jugendlichen handelt. Es besteht ein großer Anreiz in die Grünen Jugend einzutreten, um Gleichgesinnte zu treffen und Spaß zu haben. Freundschaften und gemeinsame Straßenaktionen halten den Verband zusammen.

## 7. Fazit und Ausblick

Ziel dieser Arbeit war es, die Machtverteilung innerhalb des politischen Jugendverbands Grüne Jugend auf ihre Geschlechtergerechtigkeit hin zu untersuchen. Hierfür wurde in einem ersten Teil der aktuelle Forschungsstand in den Feldern Jugend und Politik, sowie Frauen in der Politik betrachtet, ehe Erklärungsansätze zu Geschlechtsunterschieden in der politischen Partizipation dargestellt wurden. Der zweite Teil der Arbeit widmete sich schließlich der Umsetzung und den Ergebnissen des durchgeführten Forschungsprojekts.

Die Lebenslagen von Jugendlichen haben sich durch den fortwährenden gesellschaftlichen Wandel immer stärker ausdifferenziert. Durch veränderte Sozialisationsbedingungen hat eine Pluralisierung von Lebensformen stattgefunden, deren Etablierung für die Jugendlichen eine große Herausforderung darstellt. Sie verbleiben derzeit länger im Ausbildungssystem und steigen dementsprechend später in die Erwerbstätigkeit ein. In der Zeit nach der Ausbildung fallen diverse Anforderungen zusammen: beruflicher Aufstieg, Familien- und Haushaltsgründung. Dabei finden sich Schwierigkeiten in allen drei Bereichen, denn die Anstellung ist häufig nicht gesichert, Partnerschaften scheinen immer schwieriger zu finden und die ökonomische Unabhängigkeit von den Eltern beginnt wesentlich später. Aufgrund dieser Unsicherheitsfaktoren lässt sich eine Veränderung in der Mentalität der heutigen Jugendlichen feststellen, die sich nicht mehr so eindeutig wie andere Generationen von den Eltern distanzieren und sich traditionellen Werten zuwenden.

Eine oft heraufbeschworene Politikverdrossenheit der Jugendlichen konnte bei einer genaueren Betrachtung nicht festgestellt werden. Die Erhebungen des Bundesministeriums zeigen auf, dass die Jugendlichen die aktivste Gruppe beim bürgerschaftlichen Engagement darstellen. Das Interesse an Politik wird dann sichtbar, wenn das Verständnis der Jugendlichen von Politik aufgegriffen wird. Die Heranwachsenden haben durchaus eine Meinung zu politischen Themen und Abläufen, konzentrieren sich aber bei ihrem Engagement häufig auf ihr unmittelbares Lebensumfeld und nicht auf institutionelle Einrichtungen. Inwieweit traditionelle Politikinstanzen und deren Akteure akzeptiert werden, ist abhängig von den Eindrücken und Erfahrungen der Jugendlichen. Den Heranwachsenden ist wichtig,

dass die Politik zum einen jugendspezifische Themen aufgreift und sie zum anderen ernst nimmt und den Austausch auf Augenhöhe sucht.

Bei der Betrachtung von geschlechtsspezifischen Aspekten bei der Partizipation von Jugendlichen an Gesellschaft und Politik hat sich herausgestellt, dass es eine Annäherung im Verhalten von Jungen und Mädchen gegeben hat. Insbesondere die Veränderungen im Leben von heranwachsenden Frauen werden derzeit stark medial diskutiert. So scheint es, dass Mädchen alte weibliche Stereotype hinter sich lassen und in ihrer Lebensplanung wie selbstverständlich sowohl der Familiengründung, als auch einer beruflichen Karriere einen Platz einräumen. Es wird für sie eine große Herausforderung sein, neue Frauenbilder in der Gesellschaft zu etablieren und ihre Ansprüche durchzusetzen. Junge Männer werden hingegen in aktuellen Diskursen eher defizitär wahrgenommen, was aber nicht erstaunlich ist, wenn sie mit einer Gruppe verglichen werden, die einen gesellschaftlichen Aufstieg aufzeigt. Zunehmendes Schulversagen und Gewalttätigkeit sind Themen, die durchaus berechtigt diskutiert werden, allerdings sollten die großen Jugendstudien die Differenzen innerhalb eines Geschlechts, sowie die Potentiale der Jungen für neue Rollenbilder wahrnehmen und aufgreifen.

Im Bereich der politischen Partizipation von Jugendlichen hat sich herausgestellt, dass bei einem niedrigen Ausgangsniveau beider Geschlechter das Interesse von Mädchen an institutioneller Politik steigend ist. Vereinzelt wurde auch angezeigt, dass das Interesse der Jungen für die Besetzung politischer Ämter tendenziell sinkt. Diese Tendenz sollte unbedingt weiter beobachtet werden, wenn man nicht den Verlust an männlichen Akteuren riskieren möchte. Bei den jungen Frauen werden nach wie vor Barrieren in den politiktypischen Verhaltensbereichen Umgang mit Konkurrenz, Selbstdarstellung, Ehrgeiz und Konfliktverhalten wahrgenommen. Die Arbeit mit diesen Themen sollte Schwerpunkt der politischen Bildung von Mädchen sein. Im Zentrum der Jungenarbeit sollte derzeit eine Sensibilisierung zur Geschlechterthematik stehen. Schuld- und Defizitdiskurse müssen dabei vermieden werden, stattdessen sollten positive Anreize geschaffen werden. Es soll der Eindruck vermieden werden, dass der angestrebte Prozess ausschließlich mit dem Verlust von Privilegien verbunden ist.

Wird die Situation von Frauen in der Politik betrachtet, zeigt sich zunächst ein positives Bild. Die quantitativen Zahlen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene zeigen eine steigende Tendenz in der weiblichen Partizipation. Erst auf den zweiten Blick zeigt sich ein ganz anderes Bild. Einerseits werden die parteiinternen Quoten überwiegend nicht eingehalten und andererseits wird das weiterhin bestehende gender gap kaum als Demokratiedefizit wahrgenommen. Doch scheinbar unterbleibt auch bei vielen politischen Akteuren dieser kritische zweite Blick. Nur so lässt sich erklären, warum mit Ausnahme von Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke, die beide dank der Quote über einen hohen Frauenanteil in den Entscheidungspositionen verfügen, in den Parteien so wenig für eine Veränderung der Lage gemacht wird. Es soll an dieser Stelle nicht davon ausgegangen werden, dass sich eine stärkere Beteiligung von Frauen automatisch auf die Art und Weise der Politik, sowie ihre Ergebnisse auswirkt. Dennoch sollte berücksichtigt werden, dass in einer funktionierenden Demokratie alle Bevölkerungsgruppen repräsentativ vertreten sein sollten und ihre lebensweltlichen Erfahrungen für die Schaffung einer gerechten Politik von Bedeutung sind.

Um in den politischen Instanzen erfolgreich sein zu können, müssen sich die Akteure an männlich geprägten Handlungs- und Kommunikationsmustern orientieren. Strukturen sind in ihrer Ausrichtung und Form nicht statisch. Dies sollte für weibliche Akteure eine Motivation sein, bestehende Strukturen verändern zu wollen. Neuerungen sollten weiter angestrebt werden, auch wenn sie aktuell schwierig umzusetzen sind und Erfolge sich erst über einen längeren Zeitpunkt einstellen. Ein Zusammenwirken mit männlichen Akteuren, denen die Strukturen ebenso wenig gefallen, sollten forciert werden, um die Opposition zu verstärken. Beiden Geschlechtern sollte bewusst sein, dass die Organisation zwar Geschlechterstereotypen reproduziert, sie als Akteure über ein doing gender aber daran beteiligt sind und dementsprechend durchaus die Verhältnisse mitgestalten können. Stereotype Annahmen über das eigene und über das andere Geschlecht hindern alle Akteure an einer gleichberechtigten Partizipation.

Die Perspektive, dass Geschlecht als wesentliches Organisations- und Strukturierungsprinzip fungiert, zeigt meines Erachtens den wesentlichen Grund für die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der politischen Partizipation. Solange

Geschlechterbilder Funktionen und Fähigkeiten zuordnen, wird es immer Differenzen in der Beteiligung, Wahrnehmung und Bewertung des Handelns geben. Gleichwohl werden bekanntlich nicht nur die Handelnden von den Strukturen beeinflusst, sondern auch die Strukturen von den Handelnden. Daher unterstreiche ich den vorherigen Appell für einen mutigen Umgang mit unnötigen Barrieren, die aufgrund von Geschlechterstereotypen entstehen. Nur über das Handeln von engagierten Personen können demnach weitere Annäherungen im Partizipationsverhalten erreicht werden.

Wie sich auch bei der Gruppe der Jugendlichen herausstellte, braucht es ein breiteres Politikverständnis, um das Interesse und die Potentiale von Frauen vollständig aufzeigen zu können. Des Weiteren wurde verdeutlicht, dass die Sozialisation kein linearer Prozess ist und neben dem Einfluss des Geschlechts weitere Faktoren wie beispielsweise Schicht und Ethnie oder biografische Brüche Einfluss auf das Partizipationsverhalten haben. Durch die zu beobachtende Annäherung der Lebensumstände gleicht sich auch das soziökonomische Guthaben der Geschlechter an, was als wichtige Voraussetzung für die Partizipation gesehen wird. Es wurde verdeutlicht, dass allein Individualdaten die Differenzen im Partizipationsverhalten nicht eindeutig erklären können. Der politischen Kultur kommt bei der Erklärung der Unterschiede eine wesentliche Bedeutung zu. Im Vergleich zu anderen Ländern stellt sich heraus, dass es infolge einer offenen Auseinandersetzung über geschlechtsspezifische Barrieren in der Gesellschaft möglich ist, diese zu verändern. Die Einstellungen der BürgerInnen werden maßgeblich durch den Staat und seine Beschlüsse beeinflusst.

Die Grüne Jugend ist ein Jugendverband, der sehr etabliert mit dem Thema Geschlechtergerechtigkeit umgeht. Dies hat vor allem den Grund, dass die Prägung durch die Partei Bündnis 90/ Die Grünen sich deutlich in den formalen Strukturen wiederfindet. Auch wenn sich die Jugendorganisation in thematischen Diskussionen gelegentlich der Partei entgegenstellt, findet sich in diesem Handlungsbereich eine komplette Übernahme von Grundwerten und Maßnahmen, die überwiegend frauenpolitisch geprägt sind. Die in den ExpertInneninterviews befragten Personen stufen die Grundhaltung zum Thema Gleichberechtigung durchweg positiv ein. Dabei beziehen sie sich sowohl auf die gegebenen Strukturen als auch auf die handelnden

Akteure, die diesen Anspruch nach Gleichberechtigung umsetzen. Für einige, vor allem für die Mädchen, war diese Haltung sogar Grund zum Eintritt in den Verband. Das Interesse und die Kompetenz zum Thema haben sich während der Mitgliedschaft für alle Befragten vertieft. Von den innerverbandlichen Maßnahmen mit frauen- und genderpolitischem Gehalt erhält die Quote eindeutig die größte Resonanz. Zwar berichten die Akteure von internen Diskussionen über den Sinn der Quote, jedoch ist allen Befragten klar, dass die Maßnahme erfolgreich ist. Keiner von ihnen möchte die Quotenregelung abschaffen. Sie hat einen starken Standpunkt im Verband, der meiner Einschätzung nach den wiederkehrenden Debatten über eine Abschaffung stets trotzen wird. Den befragten Personen sind auch weitere Strategien bekannt, die jedoch in ihrer Wirkkraft nicht so stark eingestuft werden wie die Quote. Die Mentoring-Programme zwischen der Grünen Jugend und der Partei Bündnis 90/ Die Grünen wird vom Ansatz her positiv bewertet und stark befürwortet, allerdings scheint die Umsetzung wenig langfristige Erfolge erzielt zu haben.

Frauenspezifische Barrieren werden von den Interviewten überwiegend im Bereich der Debattenkultur und der damit verbundenen Präsenz und Rhetorik benannt. Hier wird überwiegend nicht das weibliche Verhalten kritisiert, sondern vielmehr das der Männer. In vielen Fällen schließt sich nämlich ein an die männlichen Verbandsmitglieder gerichteter Appell an, ihr Verhalten in Debatten kritisch zu überdenken. Insgesamt zeigt sich eine relativ starke Abkehr von Stereotypen, da die Befragten davon ausgehen, dass es im Verhalten eigentlich wenige Unterschiede gibt. Dennoch wird eingeräumt, dass in der konkreten Umsetzung weiterhin für beide Geschlechter Barrieren vorhanden sind.

Des Weiteren wird eine höhere Fluktuation bei den weiblichen Funktionsträgerinnen festgestellt, die auf eine Überhäufung mit Aufgaben und Ämtern basiert. Aufgrund der Quote ist die Hälfte der Posten für weibliche Mitglieder vorgesehen. Dies scheint oft mit der Schwierigkeit einher zu gehen, dass Frauen für die Ämter gefunden werden müssen. Der proaktive Ansatz der Quote wird oft positiv bewertet, jedoch zeigt sich hier, dass die Quote nicht für sich steht und mit weiteren Maßnahmen flankiert werden muss. Beispielsweise müsste es verhindert werden, dass weibliche Neumitglieder direkt in ein Amt eingeführt werden. Zusätzlich könnten die bürokratischen Regelungen je nach Ausgangslage dem Gremium angepasst werden,

so dass etwa mit weniger Verantwortungsträgern agiert wird, als den acht vorgeschriebenen.

In Bezug auf die Form der geschlechtsspezifischen Partizipation hat sich gezeigt, dass das Fachforum Gleichberechtigung ausschließlich von weiblichen Mitgliedern geprägt wird. Es hat sich aber auch gezeigt, dass im Fachforum ein recht deutlicher frauenpolitischer Diskurs verläuft, wodurch Männer abgeschreckt, wenn nicht sogar ausgeschlossen werden. Von den befragten Akteurinnen ist ein geschützter Raum allerdings auch erwünscht, so dass der Mangel an Männern nicht beklagt werden sollte. Dem gegenüber steht das Fachforum Wirtschaft und Soziales, das die letzte, aber auch wankende, männliche Bastion zu sein scheint. Es wird insgesamt festgestellt, dass eine größere Vermischung von männlichen und weiblichen Akteuren in den Fachforen stattfindet. Insbesondere im Schwerpunktbereich Ökologie wird auf der inhaltlichen Ebene zunehmend von beiden Geschlechtern ebenbürtig gearbeitet. Die Mailinglisten der Fachforen sind derzeit deutlich von Beiträgen der Männer geprägt. Bei den Ursachen dafür sind sich die Befragten selbst unschlüssig, genau so wie in der Frage, ob eine starke Beteiligung zu einer starken und machtvollen Stellung im Verband führt.

Als klarer geschlechtsspezifischer Unterschied geht aus der Befragung der Umgang mit Konkurrenz hervor. Sowohl für die weiblichen als auch die männlichen Befragten ist klar, dass die Furcht vor Rivalitäten Frauen an einer Partizipation im Jugendverband hemmt. Einerseits habe der unterdrückte Konkurrenzgedanke eine negative Wirkung auf die Bildung von Netzwerken, weil machtpolitische Bündnisse nur für Konkurrenzsituationen benötigt werden. Andererseits würden junge Frauen insgesamt in ihrem Verhalten eingeschränkt, da sie durch die Vermeidung von Konkurrenz immer wieder an alte Barrieren stoßen, wie Selbstbehauptung und Umgang mit Konflikten. Konkurrenzverhalten scheint für weibliche Akteure als eine illegitime Handlungsweise empfunden zu werden, was zur Folge hat, dass sie bei der Machtverteilung zurückstecken müssen.

Der Dialog zwischen den Geschlechtern zum Thema Gleichberechtigung scheitert oftmals nicht am Thema, sondern an dem Vorgehen der Akteure. Die Befragten zeigen deutlich, dass ein hoher Wissensstand zur Gerechtigkeitsfrage vorhanden ist

und dass ein Grundkonsens besteht, Egalität im Verband und in der Gesellschaft voranzutreiben. Das Thema wird aber dann zum Konflikt, wenn negative Emotionen entstehen. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn eine Gruppe das Gefühl hat, die anderen wollten ihr etwas nehmen oder sie für etwas beschuldigen. Es scheint also nicht das Thema Geschlechtergerechtigkeit selbst das Problem zu sein, sondern der sensibilisierter Umgang damit, der demzufolge geschult werden muss.

Aus diesen Ergebnissen lassen sich vier Handlungsschwerpunkte ableiten, mit denen die Grüne Jugend geschlechtergerechter agieren kann. Handlungsbedarf besteht auf dem Gebiet der Strukturen, bei Qualifizierungsangeboten, im Mentoring-Bereich und beim Thema Gender. Um Veränderungen in diesen Bereichen umsetzen zu können, benötigt die Grüne Jugend zum Teil Unterstützung. Diese sollte bei nahestehenden Organisationen – bei der Partei Bündnis 90/ Die Grünen oder der Heinrich-Böll-Stiftung - aber auch bei externen Spezialisten gesucht werden.

Die Strukturen der Grünen Jugend sind bereits stark auf eine gleichberechtigte Partizipation ihrer Mitglieder ausgerichtet. Es lassen sich aber noch Verbesserungsmöglichkeiten für die einzelnen Felder andenken. Um die Wirkkraft der Quote zu verstärken, bedarf es eines flankierenden Angebots, bei dem Mädchen behutsam an die Ämter herangeführt werden. Erst wenn sie wissen, was auf sie zukommt und sie auch Freude dafür entwickelt haben, sollten sie ein Amt übernehmen. Mit dieser kurzzeitigen „Amtssperre“, die aber nicht zwingend verordnet wird, könnte der hohen Fluktuation der Funktionsträgerinnen entgegengewirkt werden. Auch sollte die Ausgestaltung der Ämter selbst überdacht werden. Wenn die mit ihnen verbundenen Aufgaben weniger komplex und die Verantwortungen weniger weitreichend wären, würden sich vermutlich mehr Mädchen zur Übernahme eines Postens finden. Von dieser Maßnahme würden auch die Jungen profitieren, die neu in den Verband eintreten. Des Weiteren sollte der Frauenanteil in der Grünen Jugend stets beobachtet werden, gegebenenfalls müsste versucht werden durch die gezielte Ansprache junger Frauen neue weibliche Mitglieder zu gewinnen, um der Parität näher zu kommen.

Innerhalb der Grünen Jugend wird die Form der Debattenführung immer wieder diskutiert und kritisiert. Hier besteht ein Spannungsverhältnis zwischen der

Orientierung an der realen, erwachsenen Politik auf der einen Seite und dem Spaß auf der anderen. Die Beteiligung an politischen Prozessen ist in der Grünen Jugend auf einem sehr hohen Level. Die gut gebildeten Jugendlichen führen Gespräche und Diskussionen auf einem hohen Wissensniveau und sind kaum bereit, diese gewohnte Form zu verlassen, weil damit aus ihrer Sicht ein Qualitätsverlust einhergehen würde. Der hohe Anspruch kann aber für manche Personen zur Partizipationsbarriere werden. Viele junge Frauen scheuen sich im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen öffentlich zu sprechen und haben Angst, vor dem Plenum etwas Falsches zu sagen. Über das Angebot von Workshops wurde bereits ein Instrument geschaffen, das einen Ausgleich zur Plenumsdiskussion darstellt. Die ersten Versuche eine Frauenkonferenzen und ein Gender-Treffen zu initiieren wurden positiv wahrgenommen. In der Wertigkeit der Befragten stehen sie aber unterschiedlich hoch und werden in der Praxis auch mit den Argumenten des Zeit- und Geldmangels abgeschwächt. Beide Veranstaltungen haben von den Beteiligten aber durchaus positive Rückmeldung erhalten.

In der Diskussion über strukturelle Veränderungen sollten sich die Akteure stets der Geschlechterideologien bewusst sein. Beide Geschlechter (re-)produzieren ständig gesellschaftliche Rollen, dies ist kein Phänomen, das nur außerhalb der Grünen Jugend stattfindet. Eine authentische Umgestaltung orientiert sich an den Bedürfnissen, die im Verband aufkommen. Dabei sollte Raum für Ungewohntes und Neues sein. Die Strukturdebatte wird bereits in unterschiedlichen Gremien von den sie betreffenden Akteuren diskutiert. Insbesondere die neu eingeführte Frauenkommission will Strukturveränderungen unter frauenspezifischen Aspekten evaluieren. Sämtliche vorgeschlagenen Reformen der verbandsinternen Strukturen könnten und müssten von den Mitgliedern der Grünen Jugend selbst umgesetzt werden.

Bei einem weiteren Handlungsfeld, der Ausweitung der Qualifizierungsangebote, bedarf es der Unterstützung von externen Spezialisten, welche professionelle Schulungen durchführen können. Um den politischen Einfluss von Frauen zu stärken, bedarf es nicht nur institutioneller Regelungen, sondern auch bildungspolitischer Maßnahmen. Geeignet wären Qualifizierungsangebote deren Ertrag es ist, die Handlungsmöglichkeiten der Teilnehmerinnen auf mannigfache Weise auszubauen. Ein Rhetorik-Training ermöglicht es den jungen Frauen

beispielsweise, freies und sicheres Sprechen zu trainieren, Körpersprache zu analysieren, ein Feedback zum Redeverhalten zu bekommen, sich dieses aber auch durch eine Video-Analyse selbst zu geben. Der Erfahrungsaustausch in kleinen Gruppen kann des Weiteren auch auf Themen wie Umgang mit Konkurrenz, Konflikten und unbeliebten Argumenten eingehen. Außerdem kann ein solcher Workshop die unterschiedliche Außenwirkung der Teilnehmerinnen betrachten und verstärken und jede Menge Handwerkszeug für ein mutiges Auftreten mitgeben. Die Entwicklung zu einer starken Persönlichkeit mit Überzeugungskraft und Ausstrahlung wird insbesondere durch den Erfahrungsaustausch mit anderen jungen Frauen gestärkt. Hemmnisse, die zuvor auf die eigene Person gedeutet wurden, können abgebaut werden. Die aufgeführten Kompetenzen sind selbst bei strukturellen Veränderungen der Debattenkultur von dauerhafter Bedeutung. Auf welcher Ebene diese Angebote stattfinden sollen, bleibt zu diskutieren. In der Vergangenheit haben Veranstaltungen dieser Art überwiegend auf Länderebene stattgefunden, was unter finanziellen und infrastrukturellen Aspekten zu begrüßen ist. Für die Bundesebene sollte aber auch überdacht werden, für die neuen weiblichen Mitglieder im Bundesvorstand und für potentiell interessierte Mädchen ein Angebot zu entwerfen, da es hier zu spezifischen Fragestellungen und Problemen kommt, die auf Länderebene nicht bestehen.

Als drittes Handlungsfeld ist der Bereich Mentoring zu sehen. Alle befragten Mitglieder schätzen das Mentoringkonzept grundsätzlich positiv ein, jedoch scheint die Grüne Jugend noch keine nachhaltige Strategie für eine gelungene Umsetzung gefunden zu haben. Die Akteure des Jugendverbands sollten hier gezielt die Unterstützung von Bündnis 90/ Die Grünen suchen, da in der Partei die Vorbilder zu finden sind, mit denen gemeinsam neue Ideen entwickelt werden könnten. Der Vorschlag einer interviewten Person, den Altersunterschied zwischen Mentorin und Mentee auszudehnen und damit direkte Konkurrenz zu vermeiden, kann dabei ein erster Ansatzpunkt sein. Darüber hinaus könnte das Konzept des Cross-Mentorings angedacht werden, bei dem die beteiligten Personen unterschiedlichen Geschlechts sind. Verhaltenstarren zwischen den Geschlechtern könnten so im direkten Austausch aufgebrochen werden und beide Seiten mit neuen Handlungsmöglichkeiten vertraut machen. Da immer mehr junge Frauen

frauenpolitische Maßnahmen ablehnen, könnte sie ein Angebot dieser Form mehr ansprechen.

Im letzten Handlungsfeld geht es darum, sich dem Thema Gender stärker zu nähern. Notwendig ist hier zum einen die Erweiterung des Blickwinkels. Statt sich in Gleichberechtigungsfragen nur auf Frauen zu beschränken, sollen in diesem Bereich genauso Männer sowie ihre Stereotype und Geschlechtszuweisungen betrachtet werden. Zum anderen ist eine stärkere Einbeziehung der männlichen Mitglieder in sämtliche Diskussionen und Entscheidungen im Handlungsfeld Gleichberechtigung notwendig. Die Reproduktion von Männlichkeiten wird nicht nur innerhalb der Grünen Jugend selten thematisiert, sondern ist gesamtgesellschaftlich noch nicht ausreichend diskutiert worden. Die binäre Konstruktion der Geschlechterverhältnisse macht es aber unumgänglich, diesen Aspekt mitzubetrachten, auch wenn es um Frauenpolitik geht. Für die männlichen Jugendlichen würde dieses Thema einen stärkeren Anknüpfungspunkt zur Gleichberechtigungsdebatte und Gender-Thematik liefern. Über eine bundesweite Vortragsreihe in den Landesverbänden der Grünen Jugend könnte das Thema „Männlichkeiten“ in die Diskussion gebracht werden. Die Veranstaltungen sollen (männliche) Akteure für das Thema sensibilisieren und zur Mitarbeit in Gleichberechtigungsfragen anregen. Nach den Vorträgen können die involvierten Akteure selbst konzipieren, wie sie mit dem Thema zukünftig umgehen wollen, wodurch meines Erachtens ein größerer Erfolg des Projekts gewährleistet wird. Erste Ziele sollen direkt im Rahmen der Veranstaltung festgehalten werden. Mit der Bearbeitung des Themenfeldes „Männlichkeiten“ würde die Grüne Jugend eine Vorreiterrolle unter den Jugendverbänden der deutschen Parteien einnehmen und könnte ihre neuen Erkenntnisse ferner in der Kooperation mit anderen Verbänden nutzen. Ein Zusammenfassen der Ergebnisse mit begleitenden Workshops könnte auch auf Bundesebene stattfinden. Die Heinrich-Böll-Stiftung könnte die Grüne Jugend vor allem bei der konzeptionellen Unterstützung der Vortragsreihe unterstützen.

Abschließen lässt sich festhalten, dass die jungen Frauen in der Grünen Jugend die Hälfte der Macht innehaben – zumindest formell. Über die frauenpolitischen Ansätze und Werte in der Grundhaltung des Verbandes, insbesondere durch die meist konsequente Umsetzung der Quote, werden die Frauen zu 50 Prozent an allen

Entscheidungsgremien beteiligt. In einzelnen Landes- und Kreisverbänden kann die Quote aber aus verschiedenen Gründen nicht umgesetzt werden. Deutlich wird aber, dass die derzeitigen Akteure auf der Bundesebene mit ihrer gleichwertigen Zusammenarbeit eine klare Strahlkraft in den restlichen Verband haben. Das Sprecherpaar symbolisiert für viele einen gleichberechtigten Umgang, bei dem jedeR Stärken und Schwächen nebeneinander stehen lassen kann, unabhängig von Geschlecht. Für die Grünen Jugend hat dies positive Effekte. Schließlich sehen die Mitglieder nicht nur die PolitikerInnen von Bündnis 90/ Die Grünen als Vorbilder, sondern ebenso ihre eigenen Akteure. Gerade Persönlichkeiten aus den eigenen Reihen geben Mut und zeigen auf, dass Verhalten nicht geschlechterstereotyp sein muss. Zwar liegt wohl auch die informelle Macht derzeit noch nicht zu 50 Prozent bei den Frauen, der Ausblick dieser Arbeit fällt bezüglich der zukünftigen Machtverteilung im Verband aber positiv aus.

## **8. Literaturverzeichnis**

**Abels, Heinz, 2004:** Macht und Herrschaft, in: Abels, Heinz (Hrsg.): Einführung in die Soziologie. Band 1: Der Blick auf die Gesellschaft; Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Auflage, S. 261-290.

**Abold, Roland/ Juhász, Zoltán, 2006:** Rückkehr in den Mainstream? Einstellungswandel der Jugend zur Demokratie und Parteiensystem. In: Roller, Edeltraud/ Brettschneider, Frank/ Deth, Jan W. von (Hrsg.): Jugend und Politik: Voll normal! Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 77- 98.

**Achatz, Juliane/ Gaiser, Wolfgang/ Gille, Martina u.a. 2000:** Jugendliche und junge Erwachsene 1992 und 1997: Eine kritische Bilanz. In: Gille, Martina/ Krüger, Winfried (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. DJI-Jugendsurvey 2. Opladen: Leske + Budrich, S. 423- 436.

**Alemann, Annette von, 2007:** Chancenungleichheit im Management. Begründungsmuster der Unterrepräsentanz von Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft. In: Sozialwissenschaft und Berufspraxis, 30 Jg., Heft 1, S. 21-38.

**Bergmann, Susanne, 1998:** Aspekte der familiären und politischen Sozialisation von Spitzenpolitikerinnen und Führungsfrauen. In: Foster, Helga/ Lukoschat, Helga/ Schaeffer-Hegel, Barbara (Hrsg.): Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen in der Politik. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft, S. 17- 62.

**Bergqvist, Christina, 1998:** Frauen, Männer und die politische Repräsentation in Schweden. Hoecker, Beate (Hrsg.): Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Opladen: Leske + Budrich, S. 315- 332.

**Böhm-Kasper, Oliver, 2006:** Politische Partizipation von Jugendlichen. Der Einfluss von Gleichaltrigen, Familie und Schule auf die politische Teilhabe Heranwachsender. In: Helsper, Werner/ Krüger, Heinz-Hermann/ Fritzsche, Sylke u.a.: Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verhältnis von Schule, Anerkennung und Politik. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 53- 74.

**Brüssow, Gaby, 1996:** Frauenpolitik. Zum Verhältnis von Frauen und Politik am Beispiel von Frauenorganisationen der Parteien SPD und DIE GRÜNEN. Münster/ New York/ München/ Berlin: Waxmann.

**Bündnis 90/ Die Grünen 2006:** 20 Jahre Bundesfrauenstatut bei Bündnis 90/ Die Grünen.

**Bündnis 90/ Die Grünen 2007:** Grüne Regeln. Satzung des Bundesverbands.

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2005a:** Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999- 2004.

**Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.), 2005b:** Gender Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland.

<<http://www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/root.html>> 2008-03-17.

**Christlich Demokratische Union Deutschlands, 2008:** Satzung der Christlich Demokratische Union Deutschlands.

<[http://www.cdu.de/doc/pdf/05\\_01\\_01\\_CDU\\_Statut.pdf](http://www.cdu.de/doc/pdf/05_01_01_CDU_Statut.pdf)> 2008-03-28.

**Deppe, Alexandra, 2004:** Management – Karrieren – Geschlecht. Soziale Wirklichkeiten der Gleichberechtigung von Frauen in führenden Positionen der Wirtschaft. In: Feministisches Institut der Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit der Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie der Heinrich-Böllstiftung (Hrsg.): Schriften des Feministischen Instituts Nr. 8.. Berlin.

**Deutsche Shell (Hrsg.), 2002:** Jugend 2002. Zwischen pragmatischen Idealismus und robustem Materialismus. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

**Deutsche Shell (Hrsg.), 2006:** Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag.

**Deutscher Bundestag, 2008a:** Rundblick durchs Parlament. Der Deutsche Bundestag in der 16. Wahlperiode.

<[http://www.bundestag.de/blickpunkt/104\\_Dossier/0507/0507020.html#oben](http://www.bundestag.de/blickpunkt/104_Dossier/0507/0507020.html#oben)> 2008-03-17.

**Deutscher Bundestag, 2008b:** Abgeordnete. Zusammensetzung Frauen und Männer.

<[http://www.bundestag.de/mdb/mdb\\_zahlen/altersgliederung.html](http://www.bundestag.de/mdb/mdb_zahlen/altersgliederung.html)> 2008-03-17.

**Esping-Andersen, Gösta:** The three worlds of welfare capitalism. Cambridge: Polity Press 1997.

**Frauen machen Karriere:** Frauen in der Politik. Im Bundestag und den Länderparlamenten sind immer mehr Abgeordnete weiblich.

<[http://www.frauenmachenkarriere.de/Brancheninformationen/Politik\\_und\\_Kommunikation/Frauen\\_in\\_der\\_Politik/article\\_frauenportal/Frauen\\_in\\_der\\_Politik\\_de.html](http://www.frauenmachenkarriere.de/Brancheninformationen/Politik_und_Kommunikation/Frauen_in_der_Politik/article_frauenportal/Frauen_in_der_Politik_de.html)> 2008-03-17.

**Geißel, Brigitte, 1999:** Politikerinnen. Politisierung und Partizipation auf kommunaler Ebene. Opladen: Leske + Budrich.

**Geißel, Brigitte, 2004:** Konflikte um Definitionen und Konzepte in der genderorientierten und Mainstream-Partizipationsforschung – Ein Literaturüberblick. Discussion Paper SP IV 2004-403, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

**Geissler, Birgit/ Oechsle, Mechthild (1994):** Lebensplanung als Konstruktion. Biographische Dilemmata und Lebenslauf-Entwürfe junger Frauen. In: Bührmann, Andrea D./ Diezinger, Angelika/ Metz-Göckel, Sigrid (2007): Arbeit – Sozialisation – Sexualität. Zentrale Felder der Frauen und Geschlechterforschung, 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 88- 93.

**Gille, Martina, 2000:** Werte, Rollenbilder und soziale Orientierungen. In: Gille, Martina/ Krüger, Winfried (Hrsg.): Unzufriedene Demokraten. Politische Orientierungen der 16- bis 29jährigen im vereinigten Deutschland. DJI-Jugendsurvey 2. Opladen: Leske + Budrich, S. 143- 204.

**Grüne Jugend 2005:** Mitgliederbefragung.

**Grüne Jugend 2007a:** Satzungsänderungsantrag.

**Grüne Jugend 2007b:** Satzung der Grünen Jugend.

**Grüne Jugend 2007c:** Geschäftsordnung der Mitgliederversammlung.

**Grüne Jugend 2008a:** Jung, grün & stachelig!

<<http://www.gruene-jugend.de/ueberuns/>> 2008-03-28.

**Grüne Jugend 2008b:** Geschichte der Grünen Jugend.

<<http://www.gruene-jugend.de/ueberuns/geschichte/>> 2008-03-28.

**Grüne Jugend 2008c:** Frauenanteil nach Geburtsjahrgang per 28.05.2008.

**Hagemann-White, Carol, 2004:** Sozialisation – ein veraltetes Konzept in der Geschlechterforschung? In: Bührmann, Andrea D./ Diezinger, Angelika/ Metz-Göckel, Sigrid, 2007: Arbeit – Sozialisation – Sexualität. Zentrale Felder der Frauen und Geschlechterforschung, 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 257- 260.

**Harders, Cilja/ Kahlert, Heike/ Schindler, Delia (Hrsg.), 2005:** Forschungsfeld Politik. Geschlechtskategoriale Einführung in die Sozialwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

**Hoecker, Beate, 1987:** Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie. Opladen: Leske + Budrich.

**Hoecker, Beate, 1995:** Politische Partizipation von Frauen. Ein einführendes Studienbuch. Opladen: Leske + Budrich.

**Hoecker, Beate (Hrsg.), 1998:** Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Opladen: Leske + Budrich.

**Hoecker, Beate, 2000:** Politische Partizipation von Frauen: Kein Thema für die politische Bildung? In: Oechsle, Mechthild/ Wetterau, Karin (Hrsg.): Politische Bildung und Geschlechterverhältnis. Opladen: Leske + Budrich, S. 151- 172.

**Hoecker, Beate; Fuchs, Gesine (Hrsg.), 2004:** Handbuch Politische Partizipation von Frauen in Europa. Band 2: Die Beitrittsstaaten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

**Hofer, Karin/ Wolfgruber, Elisabeth, 2000:** „Warum werden Frauen nicht gewählt?“ Zur Situation von Frauen in der Kommunalpolitik. In: Wolfgruber, Elisabeth/ Grabner, Petra (Hrsg.): Politik und Geschlecht: Dokumentation der 6. Frauenringvorlesung an der Universität Salzburg, WS 1999/ 2000. Innsbruck/ Wien/ München: Studien-Verlag 2000, S. 249- 272.

**Holland-Cunz, Barbara, 1998:** Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt. Opladen: Leske und Budrich.

**Hoppe, Heidrun, 2000:** Subjektorientierung: Chancen für mädchen- und jungengerechten Politik- bzw. Sozialkundeunterricht. In: Oechsle, Mechthild/ Wetterau, Karin (Hrsg.): Politische Bildung und Geschlechterverhältnis. Opladen: Leske + Budrich, S. 247- 264.

**Horster, Detlef (Hrsg.), 1998:** Weibliche Moral – ein Mythos? Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

**Jurczyk, Karin/ Rerrich, Maria S., 1993:** Lebensführung weiblich – Lebensführung männlich. Macht diese Unterscheidung heute noch Sinn? In: Bührmann, Andrea D./ Diezinger, Angelika/ Metz-Göckel, Sigrid (2007): Arbeit – Sozialisation – Sexualität. Zentrale Felder der Frauen und Geschlechterforschung, 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 93- 97.

**Kaase, Max, 1992:** Vergleichende Partizipationsforschung. In: Bergschlosser, Dirk/ Müller-Rommel, Fredinand (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Ein einführendes Studienbuch. Opladen: Leske + Budrich, S. 145- 160.

**Kaina, Viktoria/ Deutsch, Franziska, 2006:** Verliert die „Stille Revolution“ ihren Nachwuchs? In: Roller, Edeltraud/ Brettschneider, Frank/ Deth, Jan W. von (Hrsg.): Jugend und Politik: Voll normal! Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 157- 184.

**Keddi, Barbara, 2004:** Junge Frauen: Vom doppelten Lebensentwurf zum biografischen Projekt. In: Becker, Ruth/ Kortendieck, Beate (Hrsg.): Handbuch der Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 378- 383.

**Kelle, Helga, 2004:** Mädchen: Zur Entwicklung der Mädchenforschung. In: Becker, Ruth/ Kortendieck, Beate (Hrsg.): Handbuch der Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 360- 369.

**Kreisky, Eva, 1994:** Aspekte der Dialektik von Politik und Geschlecht. Plädoyer gegen „geschlechterhalbierte Wahrheiten und Blickrichtungen“ in der Politikwissenschaft. In: Appelt, Erna/ Neyer, Gerda (Hrsg.): Feministische Politikwissenschaft. Wien: Verlag für Gesellschaftskritik.

**Kreisky, Eva, 2000:** Der Stoff, aus dem die Staaten sind. Zur männerbündischen Fundierung politischer Ordnung. In: Braun, Kathrin/ Fuchs, Gesine/ Lemke, Christiane/ Töns, Katrin (Hrsg.): Feministische Perspektiven der Politikwissenschaft. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag, S. 144- 181.

**Kroh, Martin, 2006:** Das politische Interesse Jugendlicher: Stabilität oder Wandel? In: Roller, Edeltraud/ Brettschneider, Frank/ Deth, Jan W. von (Hrsg.): Jugend und Politik: Voll normal! Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 185- 208.

**Lukoschat, Helga, 1998:** Austausch und Vernetzung: Maßnahmen zur Stärkung von Frauen in der Politik, in: Foster, Helge/ Lukoschat, Helga/ Schaeffer-Hegel, Barbara (Hrsg.): Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen für die Politik; Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft, S. 120-186.

**Meuser, Michael, 2000:** Männlichkeit und politische Bildung – Anmerkungen aus geschlechtersoziologischer Perspektive. In: Oechsle, Mechthild/ Wetterau, Karin (Hrsg.): Politische Bildung und Geschlechterverhältnis. Opladen: Leske + Budrich, S. 101- 122.

**Meuser, Michael, 2004:** Jungen Männer: Aneignung und Reproduktion von Männlichkeit. In: Becker, Ruth/ Kortendieck, Beate (Hrsg.): Handbuch der Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 370- 377.

**Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike, 2005:** ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion, in: Bogner, Alexander/ Littig, Beate/ Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung; Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2. Auflage, S. 71-94.

**Meyer, Birgit, 1997:** Frauen im Männerbund. Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute. Frankfurt Main/ New York: Campus Verlag.

**Metz-Göckel, Sigrid, 1994:** Mächtige Frauen und Macht der Frauen, in: Fraueninteressen - Frauenpolitik. Definitionen und Initiativen; Weinheim: Deutscher Studien Verlag; S. 28-55.

**Naßmacher, Hiltrud, 1994:** Frauen in die Politik?!. In: Biester, Elke/ Holland-Cunz, Barbara/ Sauer, Birgit (Hrsg.): Demokratie oder Androkratie? Theorie und Praxis demokratischer Herrschaft in der feministischen Diskussion. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag, S. 52- 68.

**Nestvogel, Renate, 2004:** Sozialisierungstheorien: Traditionslinien, Debatten und Perspektiven. In: Becker, Ruth/ Kortendieck, Beate (Hrsg.): Handbuch der Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 153- 164.

**Niedermayer, Oskar, 2006:** Jugend und Parteien. In: Roller, Edeltraud/ Brettschneider, Frank/ Deth, Jan W. von (Hrsg.): Jugend und Politik: Voll normal! Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 269- 289.

**Nissen, Ursula, 1997:** Kindheit, Geschlecht und Raum. Sozialisierungstheoretische Zusammenhänge geschlechtsspezifischer Raumeignung. Weinheim/ München: Juventa Verlag.

**Oechsle, Mechthild/ Wetterau, Karin, 2000:** Über Notwendigkeiten und Schwierigkeiten, Geschlecht als didaktische und fachwissenschaftliche Kategorie in die politische Bildung zu integrieren. In: Oechsle, Mechthild/ Wetterau, Karin (Hrsg.): Politische Bildung und Geschlechterverhältnis. Opladen: Leske + Budrich, S. 7- 28.

**Pfaff, Nicolle, 2006:** Jugendkultur und Politisierung. Eine multimethodische Studie zur Entwicklung politischer Orientierungen im Jugendalter. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

**Roemheld, Regine (Hrsg.), 1994:** Fraueninteressen - was ist das eigentlich? Zur politischen Kultur von Frauen, in: Fraueninteressen - Frauenpolitik. Definitionen und Initiativen; Weinheim: Deutscher Studien Verlag, S. 13-27.

**Sauer, Birgit, 2000:** „Trouble in Politics“. Ein Überblick über politikwissenschaftliche Geschlechterforschung. In: Oechsle, Mechthild/ Wetterau, Karin (Hrsg.): Politische Bildung und Geschlechterverhältnis. Opladen: Leske + Budrich, S. 123- 150.

**Schimank, Uwe, 2007:** Handeln und Strukturen. Einführung in die akteurstheoretische Soziologie. Weinheim und München: Juventa Verlag, 3. Aufl..

**Schöler-Macher, Bärbel, 1994:** Die Fremdheit der Politik. Zur Konstruktion von Möglichkeiten, Frau in der Politik zu sein. Berlin.

**Vetter, Angelika, 2006:** Jugend: Ein Konzept und seine Messung. In: Roller, Edeltraud/ Brettschneider, Frank/ Deth, Jan W. von (Hrsg.): Jugend und Politik: Voll normal! Der Beitrag der politischen Soziologie zur Jugendforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 25- 54.

**Weber, Ulla, 1998:** Einleitung. In: Foster, Helga/ Lukoschat, Helga/ Schaeffer-Hegel, Barbara (Hrsg.): Die ganze Demokratie. Zur Professionalisierung von Frauen in der Politik. Pfaffenweiler: Centaurus-Verlagsgesellschaft, S. 13- 16.

**Wedgwood, Nikki/ Connell, Robert W., 2004:** Männlichkeitsforschung: Männer und Männlichkeiten im internationalen Forschungskontext. In: Becker, Ruth/ Kortendieck, Beate (Hrsg.): Handbuch der Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 112- 122.

**Westle, Bettina/ Schoen, Harald, 2002:** Ein neues Argument in einer alten Diskussion: „Politikverdrossenheit“ als Ursache des gender gap im politischen Interesse. In: Brettschneider, Frank/ van Deth, Jan/ Roller, Edeltraud (Hrsg.): Das Ende der politisierten Sozialstruktur? Opladen: Leske + Budrich, S. 215- 246.

**Wetterau, Karin, 2000:** Politische Bildung in Zeiten der Politikverdrossenheit oder wie geschlechtsneutral ist die Krise der politischen Bildung? In: Oechsle, Mechthild/ Wetterau, Karin (Hrsg.): Politische Bildung und Geschlechterverhältnis. Opladen: Leske + Budrich, S. 29- 52.

**Winter, Reinhard, 2004a:** Jungen: Reduzierte Problemperspektive und unterschlagene Potenziale. In: Bührmann, Andrea D./ Diezinger, Angelika/ Metz-Göckel, Sigrid, 2007: Arbeit – Sozialisation – Sexualität. Zentrale Felder der Frauen und Geschlechterforschung, 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 234- 238.

**Winter, Reinhard, 2004b:** Jungen: Reduzierte Problemperspektive und unterschlagene Potenziale. In: Becker, Ruth/ Kortendieck, Beate (Hrsg.): Handbuch der Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 353- 359.

## **9. Anhang I**

### **Verankerung von Geschlechteraspekten in der Satzung der Grünen Jugend**

Stand Mai 2007

#### **§ 5 Organe des Bundesverbands**

Abs. 2

Sitzungstermine haben den Lebensrhythmus von Personen, die mit Kindern zusammenleben, zu berücksichtigen. Während Veranstaltungen und Sitzungen wird bei Bedarf von den OrganisatorInnen Kinderbetreuung organisiert. Bei großen Veranstaltungen ist bei Bedarf ein Kinderprogramm zu organisieren.

#### **§ 6 Mitgliederversammlung**

Abs. 7

Auf Antrag einer stimmberechtigten Frau beschließen die anwesenden weiblichen Mitglieder, ob sie ein Frauenforum abhalten wollen. Sie beraten dann bis zu einer Stunde lang in Abwesenheit der männlichen Mitglieder. Das Frauenforum gilt als Teil der Mitgliederversammlung. Auf dem Frauenforum können die Frauen ein Frauenveto beschließen, was nach Ende des Frauenforums dem gesamten Kongress mitgeteilt wird.

Abs. 8

Auf Antrag einer stimmberechtigten Frau wird die Mitgliederversammlung von der Gesamtabstimmung zu einem bestimmten Antrag ein Frauenvotum beschlossen. Sollten die Abstimmungsergebnisse voneinander abweichen, haben die Frauen ein Vetorecht mit aufschiebender Wirkung. Ein von den Frauen abgelehnter Antrag kann erst auf der nächsten Mitgliederversammlung erneut eingebracht bzw. von der Versammlung mehrheitlich an den Bundesausschuss überwiesen werden. Ein erneutes Frauenveto in der gleichen Sache ist nicht möglich.

Abs. 9

Falls nicht genügend Frauen für den Bundesvorstand kandidieren, kann das Frauenforum mit 2/3-Mehrheit die Freigabe einer beliebigen Anzahl an offenen Plätzen für männliche Kandidaten beschließen

## **§ 7 Bundesausschuss**

Abs. 2 Satz 3

Jeder Landesverband muss als Delegierte und Ersatzdelegierte jeweils zur Hälfte Frauen wählen.

Abs. 4 Satz 3

Unter den vier Mitgliedern des Präsidiums müssen mindestens zwei Frauen sein.

## **§ 8 Bundesvorstand**

Abs. 2

Dem Bundesvorstand gehören zehn Mitglieder an:

1. zwei gleichberechtigte SprecherInnen, darunter mindestens eine Frau
2. die/ der politische GeschäftsführerIn
3. die/ der SchatzmeisterIn
4. sechs weitere Mitglieder (Satzungsänderungsantrag: davon einE frauen- und genderpolitischeR SprecherIn).

Die SprecherInnen, die/ der politische GeschäftsführerIn und die/ der SchatzmeisterIn bilden zusammen den geschäftsführenden Bundesvorstand. Es müssen in den gesamten und in dem geschäftsführenden Bundesvorstand mindestens zur Hälfte Frauen gewählt werden.

Satzungsänderungsantrag: Die/ der frauen- und genderpolitischeR SprecherIn ist für die Initiierung frauen- und genderpolitischer Maßnahmen zuständig und hat auf jeder Mitgliederversammlung darüber zu berichten. Weiterhin ist sie/ er für die Vorbereitung einer Frauenkonferenz auf dem Bundeskongress verantwortlich.

## **§ 9 Bundesgeschäftsstelle**

Abs. 2

Die GRÜNE JUGEND wird als Arbeitgeber auf die Gleichstellung der Aufgaben unter Männern und Frauen achten. Daher werden alle Stellen auf allen Qualifikationsebenen mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt. In Bereichen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind, werden sie bei gleicher Qualifikation solange bevorzugt eingestellt, bis die Parität erreicht ist.

### **§ 13 Fachforen und Bildungsbeirat**

Abs. 3 Die Fachforen werden von zwei VertreterInnen pro Fachforum, darunter mindestens eine Frau, koordiniert. [...] Entscheidet sich ein Fachforum die Arbeit auf 3 KoordinatorInnen verteilen zu wollen, gilt auch dafür die Quote und es müssen mindestens 2 Frauen gewählt werden.

### **§ 16 Finanzen**

Abs. 3

Die Mitgliederversammlung wählt zwei RechnungsprüferInnen, darunter mindestens eine Frau, für die Dauer von zwei Jahren, die die Ordnungsmäßigkeit der Buchführung sowie die Angemessenheit der Ausgaben und das Übereinstimmen der Ausgaben mit den Beschlüssen prüfen.

### Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich, dass ich diese Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe, alle Ausführungen, die anderen Schriften wörtlich oder sinngemäß entnommen wurden, kenntlich gemacht sind und die Arbeit bisher keiner Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht wurde.

Berlin, den 11.04. 2008